
Nummer 29/30, 24. Juli 2020, Seite 257

Inhaltsverzeichnis

Satzung über die Entschädigung für Aufwand und Zeitversäumnis der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder

Geschäftsordnung der städtischen Kollegien (GeschO)

Öffentliche Bekanntmachung einer Baugenehmigung gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 4 und 5 Bayerische Bauordnung (BayBO)

- *Albert-Schenavsky-Str. 5*
- *Pilgerhausstr. 18*
- *Zobelstr. 17*
- *Branderstr. 60*

Öffentliche Bekanntmachung eines Vorbescheides gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 4 und 5 Bayerische Bauordnung (BayBO)

- *Philipp-Scheidemann-Str.*

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A

- *Löweneckschule Ertüchtigung; Flurstraße 30; LES-ERT-Sanitärtrennwände*
- *Wertachstraße Einbau von Querungshilfen und Gehwegerneuerung*
- *Erneuerung der Antriebseinheiten; Klärwerk Augsburg*
- *LES-ERT-Holz-Glas-Elemente Lehrerzimmer; Löweneckschule Ertüchtigung*

Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Augsburg am 30.07.2020 um 09:00 Uhr im großen Sitzungssaal im Augsburger Rathaus

Onlineversteigerung von gefundenen Fahrrädern

Jahresabschluss zum 31.12.2016 der Stadtentwässerung Augsburg

Planfeststellungsverfahren für die Erneuerung der 110-kV-Freileitung Anlage 69001(R 6) Schongau – Meitingen im Abschnitt Merching – Kissing zwischen dem Mast Nr. 235 (neu) (inkl.), Fl.-Nr. 2374/0, Gemarkung Merching, und dem Mast Nr. 66 (neu) (inkl.), Fl.-Nr. 3496/0, Gemarkung Kissing, als 110-kV-Leitungseinführung Anlage 60007 über Mast Nr. 66/9 (neu) (exkl.) und Anlage 69025 zum Umspannwerk Kissing sowie als 110-kV-Leitungseinführung Anlage 69001 über Mast 237 (neu) (exkl.) in das Umspannwerk Lechstufe 23 (Mandichosee), der Lechwerke AG (LEW AG)

Einstellung der Verfahren

1. *Bebauungsplan (BP) Nr.864 „Haunstetten - Ost (Trinkwasserschutzgebiet)“*
2. *BP Nr. 864 II „Haunstetten-Ost (Teil 2)“*
3. *BP Nr. 864 III „Östlich der Martinstraße (Kunstmühle Kühn - Haunstetten)“*
4. *BP Nr. 864 V „Östlich der Bgm.-Widmeier-Straße, nördlich der Walchenseestraße“*

Bebauungsplan (BP) Nr. 213 „Für das Teilstück der Westumgehungsstraße zwischen der Markgrafenstraße und der alten Ulmer Bahnlinie“; Aufhebung - Inkrafttreten gemäß § 10 Abs. 3 Bau-gesetzbuch (BauGB) -

Verlust des Parkausweises für Ärzte

- *Nr. 653*

Satzung über die Entschädigung für Aufwand und Zeitversäumnis der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder

vom 25.06.2020

Die Stadt Augsburg erlässt aufgrund des Art. 20a i.V.m. Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern i. d. Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 737) folgende Satzung:

§ 1

- (1) ¹Die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder erhalten zur Deckung der ihnen entstehenden Ausgaben eine monatliche Entschädigung von 1.641,00 EURO. ²Die Entschädigung erhöht sich ab dem 01.01.2022 jeweils um den gleichen linearen Vom-Hundert-Satz wie die Grundgehälter der Beamten der Besoldungsgruppe A 16; bei der Berechnung werden Centbeträge auf volle Eurobeträge aufgerundet. ³ Der Stadtrat kann durch Beschluss die jeweils anstehende Erhöhung aussetzen. ⁴Die sich ergebenden Veränderungsbeträge nach Satz 2 werden jeweils von der Verwaltung zu dem Zeitpunkt angepasst, zu dem die Veränderungen für die Beamten nach dem Gesetz wirksam werden.
- ⁵Die Vorsitzenden der Stadtratsfraktionen erhalten für ihre erhöhten Aufwendungen neben dem Grundbetrag aus Satz 1 zusätzlich eine erhöhte Entschädigungsleistung bei bis zu einschließlich 5 Fraktionsmitgliedern in Höhe von 75 von Hundert, bei bis zu 10 Fraktionsmitgliedern 100 von Hundert, bei bis zu 15 Fraktionsmitgliedern 125 von Hundert, bei bis zu 20 Fraktionsmitgliedern 131,5 von Hundert und ab zwanzig Fraktionsmitgliedern 137,5 von Hundert des Betrages der den ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern gewährte Entschädigung. ⁶Die Zahl der für eine erhöhte Entschädigungsleistung zu berücksichtigenden Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden richtet sich nach der Stärke ihrer Fraktion, wobei einer Fraktion je angefangenen fünf Mitgliedern ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender bis maximal vier stellvertretende Vorsitzende zusteht; diese erhalten bei einer Fraktionsgröße von bis zu einschließlich 5 Personen zusätzlich 25 von Hundert der den ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern gewährten Entschädigung und ab 6 Fraktionsmitgliedern jeweils 37,5 von Hundert der den ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern gewährten Entschädigung pro Person und Monat. ⁷Die erhöhte Entschädigung kann unter mehreren Personen aufgeteilt werden.
- (2) Die Entschädigung wird jeweils am 1. jeden Monats im Voraus bezahlt. Ändert sich ein Anspruch nach Absatz 1 während eines Monats, wird taggenau abgerechnet.

§ 2

- (1) Stadtratsmitgliedern, die Beschäftigte sind, wird der ihnen entstandene nachgewiesene Verdienstausschlag für den zur Wahrnehmung des Ehrenamtes notwendigen Zeitaufwand i.S. des Absatzes 5 ersetzt.
- (2) ¹Selbständig tätige ehrenamtliche Stadtratsmitglieder erhalten auf Antrag für den durch das Ehrenamt verursachten notwendigen Zeitaufwand nach Absatz 4 eine Verdienstausschlagentschädigung. ²Diese beträgt 31,00 Euro für jede Stunde der Sitzungsdauer. ³Insgesamt werden höchstens 10 Stunden pro Tag berücksichtigt. ⁴Angefangene Sitzungsstunden werden auf die jeweils nächste Viertelstunde aufgerundet, wobei der Stundensatz entsprechend geviertelt wird. ⁵Der Stundensatz nach Satz 2 wird entsprechend § 1 Absatz 1 Sätze 2 und 3 dynamisiert.
- (3) ¹Um die Verdienstausschlagentschädigung nach Abs. 2 zu erhalten muss das Jahreseinkommen aus selbständiger Tätigkeit den Grundfreibetrag nach § 32a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG übersteigen. ²Die beantragte Verdienstausschlagentschädigung darf maximal 50 % des Jahreseinkommens aus selbständiger Tätigkeit ausmachen. ³Geleistete Entschädigungszahlungen stehen unter dem Vorbehalt des Widerrufs bei Nichterfüllung der Voraussetzungen nach den Sätzen 1 bis 3. ⁴Im Zweifel muss der Nachweis über die Voraussetzungen dieses Absatzes vom selbständig tätigen Stadtratsmitglied geführt werden.
- (4) ¹Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder, die keine Verdienstausschlagentschädigung nach § 2 Absatz 1 oder Absatz 2 erhalten, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder das Heranziehen einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf Antrag eine Entschädigung in Höhe von 21,00 Euro für jede Stunde der Sitzungsdauer nach Maßgabe von Absatz 5. Absatz 2 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend.
- (5) Als Zeitaufwand für das Ehrenamt werden anerkannt:
- Sitzungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse sowie des Ältestenrates;
 - Fraktions- oder Fraktionsvorstandssitzungen sowie Sitzungen interfraktioneller Koalitionen; dies gilt auch für die von einer Fraktion eingeladenen Mitglieder einer anderen Fraktion, Ausschussgemeinschaft, Gruppe oder für fraktionsfreie Ratsmitglieder
 - Sitzungen der Organe von Unternehmensbeteiligungen und sonstiger Gremien als vom Stadtrat benanntes oder entsandtes Mitglied, sofern dort nicht aufgrund von Satzungen oder anderen Regelungen Sitzungsgelder oder Aufwandsentschädigungen gewährt werden;
 - Arbeitsgruppen, Sonderkommissionen oder Beiräte, die vom Stadtrat oder einem Ausschuss gebildet wurden;
 - Besichtigungs- bzw. Informationsfahrten, die aufgrund Anordnung des Stadtrats, eines Ausschusses oder des/der Oberbürgermeisters/in erfolgen;
 - Ortsbesichtigungen des Stadtrates oder eines Ausschusses, im Zusammenhang mit zur Beratung anstehenden Tagesordnungspunkten;
 - andere Sitzungen, Besprechungen und sonstige Veranstaltungen (z. B. Fortbildungsveranstaltungen), wenn die Teilnahme im Auftrag des Stadtrats, eines Ausschusses oder des/der Oberbürgermeisters/in erfolgt und hierfür keine sonstige Entschädigung gewährt wird;
 - Sitzungen der Gremien des Bayerischen und Deutschen Städtetags
- (6) ¹Auf die Entschädigungen nach Absatz 2 und 4 kann verzichtet werden. ²Der Anspruch auf diese Entschädigungen ist vierteljährlich nach Entstehung geltend zu machen und muss binnen eines Jahres beantragt werden.

§ 3

¹Für auswärtige Dienstgeschäfte erhalten die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder Reisekostenvergütung nach den für Angehörige der Besoldungsgruppe A 16 geltenden Sätzen des Bayerischen Reisekostengesetzes. ²Zur Abgeltung von Fahrtkosten innerhalb des Stadtgebietes Augsburg erhalten die ehrenamtlichen Mitglieder des Augsburger Stadtrates eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 Euro monatlich.

§ 4

¹Die Satzung tritt am 01.08.2020 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung für Aufwand und Zeitversäumnis der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder vom 05.05.2009 (ABl. S. 99), zuletzt geändert durch die 2. Änderungssatzung vom 24.07.2014 (ABl. S. 208), außer Kraft.

Augsburg, 16.07.2020

Eva Weber
Oberbürgermeisterin

Geschäftsordnung der städtischen Kollegien (Gescho)

in der Fassung der Beschlussfassung des Stadtrates vom 14.05.2020

vom 14.05.2020

Der Stadtrat der Stadt Augsburg gibt sich auf Grund des Art. 45 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796, FN BayRS 2020-1-1-1), zuletzt geändert durch § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 737), folgende Geschäftsordnung:

Inhalt

A) Die Organe der Stadt und ihre Aufgaben

I. Der Stadtrat

- § 1 Zuständigkeit im Allgemeinen
- § 2 Zuständigkeit kraft Gesetzes
- § 3 Zuständigkeit auf Grund Satzung oder Dienstordnung
- § 4 Zuständigkeit für sonstige Angelegenheiten
- § 5 Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder (Rechte und Pflichten)
- § 5a Weitergehende Informationsrechte, Akteneinsichtsrecht
- § 6 Berufsmäßige Stadtratsmitglieder
- § 7 Fraktionen und Ausschussgemeinschaften

II. Die Ausschüsse

- § 8 Allgemeines
- § 9 Bezeichnung, Aufgabenbereich und Mitgliederzahl der Ausschüsse
- § 9a Ferien- und Hauptausschuss, Ferienzeit

III. Der/die Oberbürgermeister/in

- § 10 Aufgaben als Vorsitzende/r des Stadtrates (Vorbereitung der Sitzungen, Vollzug der Beschlüsse)
- § 11 Aufgaben als Leiter/in der Stadtverwaltung
- § 12 Aufgaben in eigener Zuständigkeit
- § 13 Vom Stadtrat übertragene Aufgaben
- § 14 Vertretung der Stadt nach außen; Verpflichtungsgeschäfte
- § 15 Abhaltung von Bürgerversammlungen
- § 16 Stellvertretung des/der Oberbürgermeisters/in

IV. Ältestenrat und Kommissionen

- § 17 Ältestenrat
- § 18 Kommissionen

V. Berichterstatter/innen, Mitberichterstatter/innen und Verwaltungsbeiräte/innen

- § 19 Berichterstatter/innen und Mitberichterstatter/innen
- § 20 Verwaltungsbeiräte/innen

B) Der Geschäftsgang

I. Vorbereitung der Sitzungen

- § 21 Einberufung und Ladung
- § 22 Vorläufige Tagesordnung
- § 23 Sitzungsvorlagen

- § 24 Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Sitzungen
 - § 25 Sitzungstage
 - § 26 Zuhörer, Presse
- II. Beratung**
- § 27 Sitzungsleitung und endgültige Tagesordnung
 - § 28 Vortrag
 - § 29 Vortragsart
 - § 30 Beratungen (Worterteilung, Dritte, Redezeit), Geschäftsordnungsanträge
 - § 31 Erklärungen
 - § 32 Teilnahme der Personalvertretung und des Rechnungsprüfungsamtes
- III. Sachanträge und Anfragen**
- § 33 Antragstellung, Behandlung
 - § 33a Anfragen
 - § 34 Reihenfolge bei der Abstimmung
- IV. Anträge zur Geschäftsordnung**
- § 35 Vertagung eines Tagesordnungspunkts
 - § 36 Verweisung an einen Ausschuss
 - § 37 Schluss der Beratung
 - § 38 Schluss der Rednerliste
 - § 39 Handhabung der Geschäftsordnung
 - § 40 Reihenfolge der Behandlung
- V. Beschlussfassung**
- § 41 Beschlussfähigkeit
 - § 42 Allgemeine Abstimmungsgrundsätze
 - § 43 Durchführung der Abstimmung
 - § 44 Wahlen
- VI. Abschlusshandlungen**
- § 45 Anfragen und Informationen nach Abschluss der Tagesordnung
 - § 46 Beendigung der Sitzung
- VII. Ordnungsbestimmungen**
- § 47 Sitzordnung im Stadtrat
 - § 48 Handhabung der Ordnung (Nutzung elektronischer Medien, Ton- und Bildaufnahmen)
- VIII. Sitzungsniederschrift**
- § 49 Führung und Inhalt
 - § 49a Einsichtnahme und Abschriftenerteilung
- IX. Definitionen und Sonderbestimmungen**
- § 50 Bewirtschaftungsmaßnahmen
 - § 51 Anwendung der Betriebssatzungen der Eigenbetriebe und der Dienstordnung der Hessing-Stiftung
 - § 51a Rechnungsprüfungsausschuss
 - § 52 Bekanntmachungen
- X. Schlussbestimmung**
- § 53 In-Kraft-Treten

Anhang *)

Anlage 1: Organisationsschema für die Stadt Augsburg

Anlage 2: Ämter, Betriebe und sonstige Einrichtungen, für deren Geschäftsbereich Verwaltungsbeiräte/innen zu bestellen sind

A) Die Organe der Stadt und ihre Aufgaben

I. Der Stadtrat

§ 1

Zuständigkeit im Allgemeinen

Der Stadtrat beschließt über alle ihm durch Gesetz, Satzung oder durch diese Geschäftsordnung (GeschO) zugewiesenen Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht Ausschüssen gemäß § 9 GeschO übertragen sind oder der/die Oberbürgermeister/in gemäß Art. 37 GO, §§ 10 bis 15 GeschO zuständig ist.

§ 2 Zuständigkeit kraft Gesetzes

Dem Stadtrat sind durch Gesetz insbesondere folgende Angelegenheiten zugewiesen:

1. Erlass einer Satzung über die Rechtsstellung weiterer berufsmäßiger Bürgermeister/innen (Art. 35 Abs. 1 Satz 2 GO),
2. Wahl weiterer Bürgermeister/innen und berufsmäßiger Stadtratsmitglieder (Art. 35 Abs. 1 Satz 1, Art. 40 Satz 1 GO),
3. Bildung, Zusammensetzung und Auflösung der Ausschüsse sowie Festlegung ihrer Aufgabenbereiche (Art. 32, Art. 33 Abs. 1 GO, Art. 19 AGSG),
4. Nachprüfung von Beschlüssen beschließender Ausschüsse auf Antrag (Art. 32 Abs. 3 GO),
5. Bestimmung der weiteren Stellvertreter/innen des/der Oberbürgermeisters/in (Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO),
6. Erlass und Änderung der Geschäftsordnung (Art. 45 Abs. 1 GO),
7. Beschlussfassung über die allgemeine Regelung der Bezüge der städtischen Bediensteten und über beamten-, besoldungs-, versorgungs- und disziplinarrechtliche Angelegenheiten der Bürgermeister/innen und der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GO),
8. Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger der Stadt Augsburg (Art. 20a GO),
9. Verteilung der Geschäfte unter die Stadtratsmitglieder (Art. 46 Abs. 1 Satz 2 GO),
10. Wahlen (Art. 51 Abs. 3 und 4 GO),
11. Erlass der Haushalts- und Nachtragshaushaltssatzungen (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4, Art. 63, Art. 65, Art. 68 GO),
12. Beschlussfassung über den Finanzplan und das Investitionsprogramm (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5, Art. 70 GO),
13. Feststellung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe sowie die Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 6, Art. 102 Abs. 3 und 4 GO),
14. Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Stadt der Genehmigung bedarf (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GO), soweit nicht Befugnisse i.S.v. Art. 43 Abs. 1 Satz 1 GO einem beschließenden Ausschuss nach Art. 43 Abs. 1 Satz 2 GO übertragen worden sind,
15. Erlass, Änderung und Aufhebung von Satzungen und Verordnungen (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 GO; vgl. auch § 4 Nr. 4 GeschO),
16. Folgende Entscheidungen über städtische Unternehmen i.S.v. Art. 96 GO (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 7 GO), soweit die jeweiligen Gesellschaftsverträge oder Unternehmenssatzungen nichts anderes vorsehen:
 - die Errichtung, Übernahme und wesentliche Erweiterung oder Einschränkung sowie
 - die Änderung der Rechtsform oder der Aufgaben städtischer Unternehmen,
 - die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung der Stadt an Unternehmen,
 - die gänzliche oder teilweise Veräußerung städtischer Unternehmen oder Beteiligungen,
 - die Auflösung von Unternehmen,
17. Angelegenheiten der Eigenbetriebe nach Art. 88 GO, soweit sie nicht dem jeweiligen Werkausschuss (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 GeschO) oder der jeweiligen Werkleitung obliegen (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 8 GO),
18. Bestellung und Abberufung des/der Leiters/in, seines/r Stellvertreters/in und der Prüfer/innen des Rechnungsprüfungsamts (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 9 i. V. m. Art. 104 Abs. 3 Satz 1 GO),
19. Entscheidungen über die Behandlung von Empfehlungen der Bürgerversammlungen (Art. 18 Abs. 4 GO), die Durchführung von Bürgerentscheiden (Art. 18 a Abs. 2 GO) sowie die Zulässigkeit von Bürgerbegehren (Art. 18 a Abs. 8 GO),
20. Genehmigung von Ausnahmen von der Ablieferungspflicht bei Nebentätigkeiten (§ 11 Abs. 1 Nr. 11 BayNV).

§ 3 Zuständigkeit auf Grund Satzung oder Dienstordnung

- (1) Dem Stadtrat sind durch Satzung insbesondere die in
 1. § 4 der Betriebssatzung für die Stadtentwässerung Augsburg vom 03.12.2007 (Amtsblatt der Stadt Augsburg, S. 287),
 2. § 5 der Betriebssatzung für das Theater Augsburg vom 08.12.2013 (Amtsblatt der Stadt Augsburg, S. 287),
 3. § 4 der Betriebssatzung für den Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg vom 11.04.2003 (Amtsblatt der Stadt Augsburg, S. 75),
 4. § 4 der Betriebssatzung für die Altenhilfe Augsburg der Stadt Augsburg vom 23.05.2014 (Amtsblatt der Stadt Augsburg, S. 140),(jeweils in der aktuellen Fassung) bezeichneten Angelegenheiten vorbehalten.
- (2) Dem Stadtrat sind die in § 2 Abs. 2 der Dienstordnung der Hessing-Stiftung vom 20.12.2018 bezeichneten Angelegenheiten vorbehalten.

§ 4 Zuständigkeit für sonstige Angelegenheiten

Der Stadtrat ist für die Beschlussfassung hinsichtlich folgender Angelegenheiten zuständig:

- 1a) Bewilligung nichtplanmäßiger, echter Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigungen über 1.000.000,- € und nicht tarifizierte Bewirtschaftungsmaßnahmen mit solchen Beträgen; unberührt bleibt die Möglichkeit, bei freiwilligen Zuschüssen die Höhe, den Leistungsempfänger und den Verwendungszweck auch unterhalb dieses Betrages im Haushalt verbindlich festzulegen.
- 1b) Bei Bauvorhaben für die Genehmigung des Bedarfs mit Projekt- und Vollzugsauftrag einschließlich der Erteilung der Bewirtschaftungsbefugnis an die Verwaltung bei Projekten von über 2.000.000,- €.
2. Nicht tarifizierte Niederschlagung und Erlass städtischer Forderungen sowie Gewährung von freiwilligen Leistungen (Zuweisungen und Zuschüsse) über 1.000.000,- €.
3. Folgende Personalangelegenheiten:
 - a) bei Beamten/innen: der Besoldungsordnung B diese zu ernennen, zu befördern, abzuordnen oder zu versetzen, an eine Einrichtung zuzuweisen, in den Ruhestand zu versetzen oder zu entlassen sowie als Disziplinarbehörde bei Beamten/innen der Besoldungsordnung B ein Disziplinarverfahren einzuleiten bzw. einzustellen, eine Disziplinarverfügung zu erlassen, eine Disziplinaranzeige zu erheben und vorläufige disziplinarische Maßnahmen anzuordnen,

- b) bei Beschäftigten: mit einer höheren Vergütung als der Entgeltgruppe 15 Ü TVöD (Sondervertrag/AT) diese einzustellen, einzugruppieren, höherzugruppieren, abzuordnen oder zu versetzen, einem Dritten zuzuweisen, mittels Personalgestellung zu beschäftigen und zu kündigen.
- c) Beförderungen und Höhergruppierungen, die mit der Übertragung der Funktion eines/r Amts-, Betriebs- oder eines/r Schulleiters/in in Zusammenhang stehen,
4. Erlass sämtlicher Bebauungspläne und sonstiger Satzungen nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs sowie sämtlicher örtlicher Bauvorschriften im Sinne des Art. 81 BayBO, auch in den Fällen des Art. 81 Abs. 2 BayBO.
 5. Beteiligung an Zweck- und Planungsverbänden und soweit hoheitliche Befugnisse übertragen werden, Abschluss von Zweckvereinbarungen,
 6. Entsendung und Abberufung von Vertretern der Stadt bei Zweckverbänden sowie Gesellschaften, Unternehmen und sonstigen Organisationen,
 7. Soweit es zulässig ist, Erlass von Weisungen und Empfehlungen an Stadtratsmitglieder und Dritte, die vom Stadtrat in Zweckverbände sowie Organe von Gesellschaften, Unternehmen und sonstigen Organisationen, denen die Stadt angehört, entsandt sind,
 8. Bildung von Beiräten zur Wahrnehmung und Förderung der Belange besonderer Interessen,
 9. Allgemeine Regelung der Benutzung öffentlicher städtischer und kommunal verwalteter (Stiftungs-)Einrichtungen,
 10. Einleitung straf- und zivilrechtlicher Maßnahmen sowie Verhängung von Ordnungsmaßnahmen gegen Stadtratsmitglieder,
 11. Erteilung besonderer Prüfungsaufträge an das Rechnungsprüfungsamt (vgl. Art. 104 Abs. 2 Satz 2 GO) und Bestellung des/der Abschlussprüfers/in neben der eigenen Zuständigkeit des/der Oberbürgermeisters/in (vgl. § 12 Abs. 1 Nr. 4 GeschO),
 12. Vereinbarung von Städtepartnerschaften,
 13. Verleihung und Aberkennung des Ehrenbürgerrechts,
 14. Verleihung des Friedenspreises,
 15. Änderung der Stadtgrenzen,
 16. Straßenbenennungen,
 17. Errichtung von öffentlichen Brunnen, Denkmälern und vergleichbaren Objekten im öffentlichen Raum.

§ 5 Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder

- (1) Die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder üben ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur durch das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.
- (2) ¹Die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen und Abstimmungen der Kollegien, denen sie als Mitglieder angehören, teilzunehmen (vgl. Art. 48 Abs. 1 Satz 1 GO). ²Sofern sie verhindert sind, haben sie dies dem/der Oberbürgermeister/in unter Angabe des Hinderungsgrunds rechtzeitig mitzuteilen; als Ausschussmitglieder haben sie für ihre Vertretung Sorge zu tragen. ³Kann ein ehrenamtliches Stadtratsmitglied an einer Sitzung nur zeitweise teilnehmen, ist es verpflichtet, dies dem/der Vorsitzenden nach Möglichkeit vor Beginn der Sitzung mitzuteilen.
- (3) ¹Ein Stadtratsmitglied kann an der Beratung und Abstimmung in einem Kollegium nicht teilnehmen, wenn der Beschluss ihm selbst, seinem/r Ehegatten/in, seinem/r Lebenspartner/in, einem/r Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. ²Gleiches gilt, wenn ein Stadtratsmitglied in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat (Art. 49 Abs. 1 GO). ³Ob die Voraussetzungen der Sätze 1 oder 2 vorliegen, entscheidet das Kollegium ohne Mitwirkung des/der persönlich Beteiligten (Art. 49 Abs. 3 GO). ⁴Die Mitwirkung eines wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossenen Stadtratsmitglieds hat die Ungültigkeit des Beschlusses nur zur Folge, wenn sie für das Abstimmungsergebnis entscheidend war (Art. 49 Abs. 4 GO).
- (4) ¹Die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder haben die ihnen bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten geheim zu halten, wenn die Verschwiegenheit durch Gesetz vorgeschrieben, durch den Stadtrat beschlossen oder nach der Natur der Sache, insbesondere in Personal- und Grundstücksangelegenheiten, erforderlich ist. ²Sie dürfen die Kenntnis der nach Satz 1 geheim zu haltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwerten (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GO). ³Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung des Ehrenamts fort (Art. 20 Abs. 2 Satz 4 GO). ⁴Die Verschwiegenheitspflicht erstreckt sich insbesondere auf den Inhalt der Verhandlungen der nichtöffentlichen Sitzungen sowie auf den Inhalt von Sitzungsvorlagen, die ihrem Wesen nach der Geheimhaltung bedürfen. ⁵Dazu zählen insbesondere Rechnungsprüfungsberichte, da sie besondere Vertraulichkeit genießen. ⁶Art. 20 Abs. 3 GO (Genehmigungspflicht für Aussagen und Erklärungen) findet Anwendung. ⁷Der Verschwiegenheitspflicht unterfallende schriftliche und elektronische Dokumente sind so aufzubewahren, dass sie dem unbefugten Zugriff Dritter entzogen sind. ⁸Im Umgang mit solchen Dokumenten beachten die Gemeinderatsmitglieder Geheimhaltungsinteressen und den Datenschutz. ⁹Werden diese Dokumente für die Tätigkeit als Gemeinderatsmitglied nicht mehr benötigt, sind sie zurückzugeben oder datenschutzkonform zu vernichten bzw. zu löschen. ¹⁰Beschlussvorlagen sind interne Ausarbeitungen der Verwaltung für den Gemeinderat. ¹¹Eine Veröffentlichung der Beschlussvorlagen und weiterer Sitzungsunterlagen durch Stadtratsmitglieder ist nur zulässig, wenn der/die Oberbürgermeister/in unter Berücksichtigung des Datenschutzes zugestimmt hat und die Unterlagen nur Tatsachen enthalten, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. ¹²Die Veröffentlichung von Beschlussvorlagen und weiteren Sitzungsunterlagen zu nichtöffentlichen Sitzungen ist nicht zulässig.
- (5) Die Verantwortlichkeit der Stadtratsmitglieder im Fall pflichtwidrigen Verhaltens bestimmt sich ausschließlich nach den gesetzlichen Bestimmungen (vgl. Art. 20 Abs. 4, Art. 48 Abs. 2 und 3 GO).

§ 5a Weitergehende Informationsrechte, Akteneinsichtsrecht

¹Vorbehaltlich weitergehender Informationsrechte (z. B. nach dem Umweltinformationsgesetz) bedürfen die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder zur Akteneinsicht der Genehmigung des/der Oberbürgermeisters/in, der/die diese Befugnis auf den/die zuständige/n Referatsleiter/in delegieren kann. ²Dem Verlangen auf Akteneinsicht ist stattzugeben, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft

gemacht wird und Geheimhaltungs- und Datenschutzbestimmungen oder Rechte Dritter nicht entgegenstehen. ³Das Recht des Stadtrates, im Einzelfall ein Ratsmitglied mit der Akteneinsicht zu beauftragen, bleibt unberührt; Geheimhaltungs- und Datenschutzbestimmungen oder Rechte Dritter sind auch in diesem Fall zu beachten. ⁴Die Vorsitzenden der Stadtratsfraktionen oder deren Stellvertreter, die Mitglieder der Fachausschüsse für ihren Fachbereich sowie Antragsteller/innen i. S. v. § 33 GeschO haben dann das Recht, Akten einzusehen, sofern diese mit einem Beratungsgegenstand im Stadtrat, im Ausschuss oder mit einem Antragsanliegen in unmittelbarem Zusammenhang stehen. ⁵Akten, die mit einem Beratungsgegenstand im Rechnungsprüfungsausschuss in unmittelbarem Zusammenhang stehen, dürfen nur von dessen Mitgliedern eingesehen werden. ⁶Darüber hinaus haben Antragsteller/innen i. S. v. § 33 GeschO glaubhaft zu machen, dass das Verlangen auf Akteneinsicht für eine eigene Antragstellung zwingend notwendig ist; Geheimhaltungs- und Datenschutzbestimmungen oder Rechte Dritter sind auch in diesem Fall zu beachten. ⁷In Zweifelsfällen ist die Entscheidung des/der Oberbürgermeisters/in einzuholen, der/die dieses Recht auf den/die zuständige/n Referatsleiter/in delegieren kann. ⁸Soweit ein Fall persönlicher Beteiligung (Art. 49 GO) vorliegt, ist eine Akteneinsicht ausgeschlossen. ⁹Akteneinsichtsberechtigte fordern die städtischen Akten, die sie in Wahrnehmung ihres Amtes einsehen wollen, bei dem/der für die einschlägige Angelegenheit zuständigen Dienststellenleiter/in (Amt, Betrieb, Referat) an. ¹⁰Die Akteneinsicht wird, wenn nicht der/die Oberbürgermeister/in anderes verfügt, in den Diensträumen der betreffenden Dienststelle während der Dienstzeiten wahrgenommen. ¹¹Die betreffende Dienststelle hat die Akteneinsicht zu dokumentieren. ¹²Der/die Berechtigte bestätigt sie in den Akten unter Angabe des Tages durch seine Unterschrift.

§ 6

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder

- (1) ¹Für die Leitung der Referate werden vom Stadtrat auf die Dauer von höchstens sechs Jahren berufsmäßige Stadtratsmitglieder gewählt; Wiederwahl ist zulässig (Art. 40 Satz 1, Art. 41 Abs. 1 GO). ²Die Aufgabengebiete sowie die Zahl der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder werden vom Stadtrat in der Referatsgeschäftsverteilung festgelegt.
- (2) Die berufsmäßigen Stadtratsmitglieder haben in den Sitzungen der Kollegien in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereiches beratende Stimme (Art. 40 Satz 2 GO).
- (3) ¹Die berufsmäßigen Stadtratsmitglieder haben das Recht und die Pflicht, an den Sitzungen des Stadtrats und der Ausschüsse, soweit dort Angelegenheiten ihres Geschäftsbereichs behandelt werden, teilzunehmen. ²In den ihnen zur Leitung zugewiesenen Geschäftsbereichen sind sie zur Berichterstattung berechtigt und verpflichtet und können eigene Sachanträge stellen (vgl. § 19, 28 GeschO).
- (4) ¹Die berufsmäßigen Stadtratsmitglieder besorgen im Auftrag des/der Oberbürgermeisters/in innerhalb ihres Aufgabengebietes die laufenden Angelegenheiten. ²Für die ordnungsgemäße Führung dieser Geschäfte sind sie dem/der Oberbürgermeister/in unmittelbar verantwortlich. ³Der/die Oberbürgermeister/in kann sich die Bearbeitung bestimmter laufender Angelegenheiten allgemein oder im Einzelfall vorbehalten.
- (5) ¹Die berufsmäßigen Stadtratsmitglieder vollziehen im Auftrag des/der Oberbürgermeisters/in innerhalb ihres Aufgabengebietes die Beschlüsse des Stadtrats. ²Sie sind insoweit dem Stadtrat und dem/der Oberbürgermeister/in verantwortlich. ³Der/die Oberbürgermeister/in kann sich den Vollzug einzelner Beschlüsse im Benehmen mit dem Stadtrat allgemein oder sonst im Einzelfall vorbehalten.
- (6) Die Bestimmung des § 5 Abs. 3 und 4 GeschO findet auf berufsmäßige Stadträte entsprechende Anwendung.

§ 7

Fraktionen und Ausschussgemeinschaften

- (1) ¹Politisch gleichgesinnte Mitglieder des Stadtrates können sich für die jeweilige Wahlzeit zu Fraktionen zusammenschließen, soweit sie nicht schon einer anderen Fraktion angehören. ²Eine Fraktion muss mindestens vier Mitglieder haben. ³Die Bildung und Bezeichnung der Fraktionen sowie deren Vorsitzende und Stellvertreter, sowie die Auflösung der Fraktion sind dem/der Oberbürgermeister/in mitzuteilen und nachzuweisen. ⁴Der Stadtrat stellt die Bildung bzw. die Auflösung einer Fraktion und den Zeitpunkt hiervon fest.
- (2) ¹Einzelne Stadtratsmitglieder und Gruppen, die aufgrund ihrer eigenen Stärke keine Vertretung in den Ausschüssen erreichen würden, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in die Ausschüsse zusammenschließen (Ausschussgemeinschaften; Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO). ²§ 7 Abs. 1 Satz 3 und 4 GeschO sind entsprechend anzuwenden.

II. Die Ausschüsse

§ 8

Allgemeines

- (1) ¹Der Stadtrat bestimmt die Zahl und die Aufgaben der Ausschüsse, ihre Stärke sowie die jeweiligen Mitglieder (§ 2 Nr. 3 GeschO). ²Die Ausschüsse sind im Rahmen ihres Aufgabenbereiches vorberatend tätig, soweit der Stadtrat nach §§ 2 bis 4 GeschO selbst zur Entscheidung zuständig ist. ³Im übrigen entscheiden sie an Stelle des Stadtrates als beschließende Ausschüsse (Art. 32 Abs. 3 Satz 1 GO); dies gilt nicht für den Rechnungsprüfungsausschuss (§ 9 Abs. 1 Nr. 9).
- (2) ¹Die Ausschüsse sind im Rahmen ihrer jeweiligen fachlichen Zuständigkeit für nicht tarifizierte Bewirtschaftungsmaßnahmen über 150.000,- € bis 1.000.000,- € zuständig. ²Davon abweichend sind der Bau-, Hochbau- und Konversionsausschuss mit Werkausschuss Stadtentwässerung Augsburg allgemein, sowie der Sportausschuss für Angelegenheiten der Kanu WM, für Bewirtschaftungsmaßnahmen bis zur Höhe von 2.000.000,- € als beschließende Ausschüsse zuständig.

- (3) ¹Den Vorsitz in den Ausschüssen (ausgenommen Rechnungsprüfungsausschuss vgl. § 51a) führt der/die Oberbürgermeister/in, einer seiner/ihrer Stellvertreter i.S.v. § 16 GeschO oder ein vom/von der Oberbürgermeister/in bestimmtes Stadtratsmitglied als stellvertretende/r Ausschussvorsitzende/r (vgl. Art. 33 Abs. 2 GO). ²Falls es sich bei dem Stadtratsmitglied, das vertretungsweise den Vorsitz führt, um ein Ausschussmitglied handelt, nimmt dessen Vertretung für die Dauer der Übertragung des Vorsitzes den Sitz im Ausschuss ein. ³Der Stadtrat kann dem/der Oberbürgermeister/in geeignete stellvertretende Personen für den Ausschussvorsitz vorschlagen. ⁴Für jedes Ausschussmitglied bestimmt der Stadtrat nach den Vorschlägen der betreffenden Gruppierung eine/n erste/n namentlich benannte/n Stellvertreter/in. ⁵Für die weitere Stellvertretung der Mitglieder in den Ausschüssen wird für jede/s Fraktion/Gruppe/Ausschussmitglied pro Ausschuss auf deren Vorschlag vom Stadtrat eine Reihe von weiteren Vertretern in einer festgelegten Reihenfolge namentlich bestellt, mit der Folge, dass der/die weiteren Vertreter/in jedes Ausschussmitglied seiner/ihrer Fraktion/Gruppe/Wahlvorschlages vertreten können. ⁶Der/die weitere Vertreter/in kommt nur dann zum Zuge, wenn der/die erste Stellvertreter/in verhindert ist und sie/er an erster Stelle in der Reihenfolge steht oder diejenigen Vertreter, die vor ihm/ihr in der Reihe stehen, verhindert sind.
- (4) In den Ausschüssen müssen die den Stadtrat bildenden Fraktionen, Gruppen und Ausschussgemeinschaften gemäß ihren Vorschlägen nach dem Verhältnis ihrer Stärke im Stadtrat vertreten sein (Art. 33 Abs. 1 Satz 2 GO).
- (5) ¹Bei der Verteilung der Ausschusssitze ist das Verfahren nach Hare/Niemeyer anzuwenden. ²Haben Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften nach dieser Verteilung den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet die größere Zahl der bei der Stadtratswahl auf die Wahlvorschläge der betroffenen Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen. ³Wird durch den Austritt oder Übertritt von Stadtratsmitgliedern aus Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften das ursprüngliche Stärkeverhältnis der im Stadtrat vertretenen Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften verändert, so sind die Ausschusssitze nach Satz 1 neu zu berechnen. ⁴Haben danach Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet das Los.
- (6) ¹Berührt eine Angelegenheit den Aufgabenbereich mehrerer Ausschüsse, können diese zur gemeinsamen Beratung der Angelegenheit zusammentreten. ²Jeder Ausschuss beschließt jedoch gesondert. ³Ergehen einander widersprechende Beschlüsse, entscheidet der Stadtrat.

§ 9

Zuständigkeit, Bezeichnung, Aufgabenbereich und Mitgliederzahl der Ausschüsse

- (1) Zur Erledigung aller Angelegenheiten, die nicht nach §§ 2 bis 4 GeschO dem Stadtrat oder nach § 12 oder § 13 GeschO dem/r Oberbürgermeister/in vorbehalten sind, bildet der Stadtrat die im Folgenden aufgeführten beschließenden und zugleich beratenden Ausschüsse mit der nachstehend angegebenen Zahl von Stadtratsmitgliedern als Ausschussmitglieder; dabei ist der/die Oberbürgermeister/in oder dessen/deren Stellvertreter/in als Vorsitzende/r bei den Mitgliederzahlen jeweils nicht berücksichtigt.

- | | |
|---|---------------|
| <p>1. <u>Allgemeiner Ausschuss</u>
für die Angelegenheiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ordnungswesen, - Verkehrsüberwachung, - Personenstandswesen, - Sicherheit, - Kommunale Prävention, - Veranstaltungen, - Brand- und Katastrophenschutz, - Hilfsorganisationen, - der Hauptverwaltung, - der Ehrengräber, - der Städtepartnerschaften und Städtepatenschaften und - für Angelegenheiten, die nicht in den Zuständigkeitsbereich eines anderen beschließenden Ausschusses fallen. | 13 Mitglieder |
| <p>2. <u>Ausschuss für Digitalisierung, Organisation, Personal (DOPA)</u>
für die Angelegenheiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Digitalisierung und Informationstechnik, - Smart City, - der Organisation und des Prozessmanagements, - der Betriebskrankenkasse, - Gleichstellungs- und Genderangelegenheiten, - der Städtepartnerschaften und Städtepatenschaften und - für die Versorgungs- und Sozialangelegenheiten der städtischen Mitarbeiter sowie für Personalangelegenheiten <ol style="list-style-type: none"> a) bei Beamten/innen: der 4. Qualifikationsebene der Besoldungsordnung A diese zu ernennen, zu befördern, abzuordnen oder zu versetzen, an eine Einrichtung zuzuweisen, in den Ruhestand zu versetzen oder zu entlassen, sowie gegen Beamte/innen der Besoldungsordnung A eine Disziplinaranzeige zu erheben und vorläufige disziplinarische Maßnahmen anzuordnen; die Ernennung der Lehrkräfte der Besoldungsgruppe A 13 und A 14 liegt in der Zuständigkeit des/der Oberbürgermeisters/in (§ 13 Abs. 2 GeschO), b) bei Beschäftigten: die mit der oben genannten Qualifikationsebene für Beamte /innen der Besoldungsordnung A (Buchstabe a) vergleichbar sind, diese einzustellen, einzugruppieren, höherzugruppieren, abzuordnen oder zu versetzen, einem Dritten zuzuweisen, mittels Personalgestellung zu beschäftigen und zu kündigen; die Einstellung von tarifbeschäftigten Lehrkräften, die der oben genannten Besoldungsgruppe A 13 und A 14 entsprechen, liegt in der Zuständigkeit des/der Oberbürgermeisters/in (§ 13 Abs. 2 GeschO), c) Entscheidungen über Stellenausschreibungen für die Besetzung von Direktoriens-, Amts-, Schul-, und Betriebsleiterstellen unabhängig von der Bewertung der Stelle, d) Gewährung laufender Unterstützungen an städtische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, | 13 Mitglieder |

- e) Änderungen im Stellenplan für Beamte/innen der 4. Qualifikationsebene und für Beschäftigte vergleichbarer Vergütungsgruppen sowie Neuschaffungen von Planstellen,
- Berufung und Abberufung des/der städtischen Datenschutzbeauftragten und dessen/deren Stellvertreter.
3. Ausschuss für Bildung und Migration (Bildungsausschuss) 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten:
- Bildung, Ausbildung, Schulen,
- Stadtbücherei,
- Städt. Kindertagesstätten,
- IT-Bildungsinitiative,
- Kultur- und Schulservice (kulturelle Bildung)
- der Integration und der Interkultur.
4. Bau-, Hochbau- und Konversionsausschuss (Bauausschuss) 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten:
- der Bau-, Stadt- und Verkehrsplanung (einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfung),
- der Stadtentwicklung und Regionalplanung,
- der Stadtsanierung,
- der Stadtvermessung,
- des Denkmalschutzes,
- des Stadtentwicklungskonzeptes,
- des Bauunterhalts,
- des Vergabewesens,
- für die Information in Baugenehmigungs- und Bauvorbescheidsangelegenheiten (Art. 68 Abs. 1, 71 BayBO), sofern die Baugenehmigung oder der Bauvorbescheid versagt wird oder ein Bauausschussmitglied um Sachinformation gebeten hat,
- für die Arbeitsvergaben im Bereich des Baureferats und der Grünpflege,
- für die Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Umwandlung vormals militärisch genutzter Liegenschaften,
- für den Bereich Tief- und Ingenieurbau, dort insbesondere für die Genehmigung des Bedarfs mit Projekt- und Vollzugsauftrag einschließlich Erteilung der Bewirtschaftungsbefugnis,
- für die Angelegenheiten von Hochbaumaßnahmen, dort insbesondere
- Grundsatzbeschluss, Vorplanungsauftrag,
- Konzeptgenehmigung, Projektauftrag einschließlich Erteilung der Bewirtschaftungsbefugnis und Entscheidung über die Erteilung von gegebenenfalls erforderlichen Vollmachten und über die Baubetreuung,
- Freigabe der Entwurfsplanung,
- Zustimmung zum Baubeginn und zum Vergabeverfahren,
- die Genehmigung des Bedarfs mit Projekt- und Vollzugsauftrag.
5. Finanzausschuss 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten
- der Haushalts- und Finanzwirtschaft, insbesondere:
a) Bewilligung nichtplanmäßiger, echter Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigungen über 150.000,- € bis 1.000.000,- €; unberührt bleibt die verbindliche Festlegung von Höhe, Leistungsempfänger und Verwendungszweck bei freiwilligen Zuschüssen im Haushalt,
b) Nicht tarifierte Stundung von Beträgen über 150.000,- € für einen längeren Zeitraum als zwölf Monate,
c) Nicht tarifierte Niederschlagung und Erlass städtischer Forderungen sowie Gewährung von freiwilligen Leistungen (Zuweisungen und Zuschüsse) über 150.000,- € bis 1.000.000,- €, und
- des Forstwesens
- des zentralen Einkaufs und der Vergabeberatung.
6. Jugend-, Sozial- und Wohnungsausschuss 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten:
- Soziales,
- Jugend, Familie, Senioren,
- Menschen mit Einschränkungen,
- Inklusion,
- Asyl,
- Wohnen und
- Sozialer Wohnungsbau.
7. Kulturausschuss 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten:
- Kultur,
- Jugendkultur,
- Welterbe,
- Religionen,
- Kirchen,
- Frieden,
- Kunstsammlungen,
- Museen, Festivals,
- Bühnen, Archäologie,
- Erinnerungskultur,
8. Sportausschuss 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten:
- des Sport- und Bäderwesens,

- der ICF-Kanuslalom-WM 2022 mit allen Kompetenzen der einzelnen Fachausschüsse mit Ausnahme des Finanz- und Umweltausschusses.

Abweichend von § 8 Abs. 2 der Geschäftsordnung der städtischen Kollegien ist der Sportausschuss für Bewirtschaftungsmaßnahmen über 150.000,- € bis 2.000.000,- € für Maßnahmen/Bauvorhaben im Zuge der Kanuslalom WM 2022/Generalsanierung des Olympiaparks am Eiskanal zuständig.

9. Rechnungsprüfungsausschuss 7 Mitglieder
für die Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse (Art. 103 Abs. 1 bis 4, Art. 106 GO). Der Rechnungsprüfungsausschuss kann sich gutachtlich vor der Entscheidung des Stadtrates über die Bestellung und Abberufung der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes sowie vor der Festlegung dessen Budgets äußern.
10. Stiftungsausschuss 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten der rechtlich selbständigen Stiftungen
11. Umwelt-, Klimaschutz- und Gesundheitsausschuss (Umweltausschuss) 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten:
 - des Umwelt- und Naturschutzes, auch für die Erteilung von Genehmigungen, soweit dies nach Art. 29 GO in die Zuständigkeit des Stadtrats fällt,
 - der Umweltausschuss wird unverzüglich nach einer Vorprüfung der eingegangenen Anträge auf Erteilung von Genehmigungen nach §§ 4 ff. BImSchG, als auch von Anträgen auf die Erteilung von Genehmigungen in vereinfachten Verfahren nach § 19 BImSchG über diese und die daraus resultierenden wesentlichen Umwelteinwirkungen sowie die örtliche Situation informiert. Davon ausgenommen sind Änderungsgenehmigungen nach § 16 BImSchG. Der Umweltausschuss hat darüber zu entscheiden, ob aufgrund dieser Anträge der Bauausschuss zur Vorberatung und anschließend dem Stadtrat zur Beschlussfassung eventuelle planungsrechtliche Schritte zu empfehlen sind.
 - der Landschafts- und Grünordnung (auch Naherholung), einschließlich der Spielplätze und des Kleingartenwesens jeweils nebst Planung,
 - des Friedhofs- und Bestattungswesens,
 - der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung,
 - der Umwelttechnologie,
 - des Öffentlichen Grüns,
 - der Energie und des Klimaschutzes,
 - des Naturmuseums,
 - des Verbraucherschutzes,
 - des Tierschutzes,
 - der Gesundheit,
 - der Heimaufsicht.
12. Verwaltungsrat der Hessing-Stiftung 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten der Hessing-Stiftung, soweit sie nicht nach der Dienstordnung der Hessing-Stiftung dem Stadtrat vorbehalten sind (vgl. § 3 Abs. 2 GeschO).
13. Wirtschaftsförderungs-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss (Wirtschaftsausschuss) 13 Mitglieder
für die Angelegenheiten:
 - der Wirtschaftsförderung und Infrastrukturförderung,
 - der Stadtteilentwicklung,
 - der städtischen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen, soweit es sich nicht um bloße Fachfragen und Fachplanungen handelt; ausgenommen sind die Eigenbetriebe und Stiftungen, deren Angelegenheiten in den jeweiligen Ausschüssen verbleiben,
 - des Controllings der städt. Unternehmen und Beteiligungen,
 - der Gewerbe- und Industrieansiedlungen,
 - der Bestandspflege der Unternehmen,
 - der Clusterentwicklung,
 - der Liegenschaften,
 - der Betreuung von Verbänden,
 - der Liegenschaften
 - der Märkte,
 - des Stadtmarketings und des Tourismus.
14. Werkausschüsse
für die Angelegenheiten:
 - des Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebs der Stadt Augsburg wird der Umweltausschuss,
 - der Stadtentwässerung Augsburg wird der Bauausschuss,
 - des Theaters Augsburg wird der Kulturausschuss,
 - der Altenhilfe Augsburg wird der Jugend-, Sozial- und Wohnungsausschussjeweils als Werkausschuss gemäß Art. 88 Abs. 2 GO tätig. Sein jeweiliger Aufgabenbereich bestimmt sich insoweit nach den Vorschriften der einzelnen Betriebssatzungen der Eigenbetriebe.
15. Jugendhilfeausschuss 20 Mitglieder
für die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß Art. 17, 18, und 20 AGSG.

§ 9a**Ferien- und Hauptausschuss, Ferienzeit**

- (1) ¹Die Ferienzeit des Stadtrates beträgt sechs Wochen; sie beginnt jeweils mit dem ersten Ferientag der allgemeinen Sommerferien im Freistaat Bayern. ²Für die Dauer der Ferienzeit wird ein Ferienausschuss gebildet (Art. 32 Abs. 4 Satz 1 und 2, 1. Halbsatz GO).
- (2) ¹Der Ferienausschuss ist ein beschließender Ausschuss besonderer Art. ²Er erledigt während der Ferienzeit alle Angelegenheiten, für die ansonsten der Stadtrat oder ein beschließender Ausschuss zuständig sind (Art. 32 Abs. 4 Satz 2, 2. Halbsatz GO). ³Der Ferienausschuss ist nicht zuständig für Angelegenheiten, die den Werkausschüssen (§ 9 Nr. 15 GeschO) obliegen oder kraft Gesetzes von besonderen Ausschüssen wahrgenommen werden müssen (Art. 32 Abs. 4 Satz 3 GO).
- (3) Die Bestimmungen aus Art. 32 Abs. 2 und 3 GO finden keine Anwendung (Art. 32 Abs. 4 Satz 2, letzter Halbsatz GO).
- (4) ¹Der Ferienausschuss besteht aus dem/der Oberbürgermeister/in oder dessen/deren Stellvertreter/in als Vorsitzendem/der und 17 Stadtratsmitgliedern als Ausschussmitglieder. ²§ 8 Abs. 3 bis 5 GeschO gelten entsprechend. ³§ 19 Abs. 3 GeschO (Mitberichterstatter) ist auf den Ferienausschuss nicht anwendbar.
- (5) ¹Der Ferienausschuss kann in Zeiten, in denen aufgrund einer Katastrophe, insbesondere einer Pandemie, der Stadtrat nicht oder nur unter erhöhten Risikobedingungen in seiner Gesamtstärke zusammentreten kann, als Hauptausschuss vom/von der Oberbürgermeister/in an Stelle des Stadtrates einberufen werden. ²Ob diese Voraussetzungen vorliegen, bestimmt der/die Oberbürgermeister/in im Benehmen mit der Rechtsaufsichtsbehörde. ³Der Hauptausschuss verfügt in diesem Fall über die nach Abs. 2 bis 4 festgelegten Kompetenzen. ⁴Die Ladungsfrist kann in dringenden Fällen auf einen Tag verkürzt werden. ⁵Durch den Hauptausschuss soll die Handlungsfähigkeit der Stadt auch in einer von Risiken für Zusammenkünfte geprägten Phase gewährleistet werden. ⁶Ein ¼ der Stadtratsmitglieder (analog Art. 32 Abs.3 Satz 1 GO) kann beantragen, dass das Gesamtgremium zusammentreten muss, um die Fortführung des Hauptausschusses zu bestätigen oder zu beenden. ⁷Der Übergang zum regulären Sitzungsbetrieb kann im Hauptausschuss beschlossen oder von dem/der Oberbürgermeister/in bestimmt werden. ⁸Die Befugnis des/der Oberbürgermeisters/in, nach Art. 37 Abs. 3 GO dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen, bleibt hiervon unberührt.

III. Der/die Oberbürgermeister/in**§ 10****Aufgaben als Vorsitzende/r des Stadtrates (Vorbereitung der Sitzungen, Vollzug der Beschlüsse)**

- (1) Der/die Oberbürgermeister/in führt den Vorsitz im Stadtrat und seinen Ausschüssen (Art. 36 Satz 1, Art. 33 Abs. 2 GO).
- (2) ¹Dem/der Oberbürgermeister/in obliegt die Vorbereitung der Beratungsgegenstände und die Einberufung der Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse (Art. 46 Abs. 2 GO). ²In den Sitzungen leitet er/sie die Beratung und die Abstimmung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus (Art. 53 Abs. 1 GO).
- (3) ¹Der/die Oberbürgermeister/in vollzieht die Beschlüsse des Stadtrates und der Ausschüsse (Art. 36 Satz 1 GO). ²Ergeben sich Vollzugshindernisse, sind die zuständigen Kollegien umgehend zu unterrichten. ³Der/die Oberbürgermeister/in kann Ausschussbeschlüsse, für die eine Nachprüfung nach Art. 32 Abs. 3 Satz 1 GO beantragt wurde, vor der Behandlung im Stadtrat i. S. v. § 2 Nr. 4 GeschO an den zuständigen Ausschuss verweisen. ⁴Hält der/die Oberbürgermeister/in die Beschlüsse des Stadtrates oder eines beschließenden Ausschusses für rechtswidrig, so weist er/sie den Stadtrat oder den Ausschuss auf seine/ihre Bedenken hin und setzt den Vollzug des Beschlusses vorläufig aus. ⁵Wird die Entscheidung aufrechterhalten, führt er/sie die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbei (Art. 59 Abs. 2 GO).

§ 11**Aufgaben als Leiter/in der Stadtverwaltung**

- (1) ¹Der/die Oberbürgermeister/in leitet und verteilt im Rahmen der Geschäftsordnung die Geschäfte (Art. 46 Abs. 1 GO). ²Er/sie kann dabei einzelne seiner/Ihrer Befugnisse den weiteren Bürgermeistern/innen, nach deren Anhörung auch einem Stadtratsmitglied und in den Angelegenheiten der laufenden Verwaltung Mitarbeitern/innen der Stadt übertragen; eine darüber hinaus gehende Übertragung auf eine/n Bedienstete/n bedarf zusätzlich der Zustimmung des Stadtrats (Art. 39 Abs. 2 GO).
- (2) ¹Der/die Oberbürgermeister/in führt die Dienstaufsicht über die Beamten/innen und Beschäftigten und ist Dienstvorgesetzte/r der Beamten/innen (Art. 37 Abs. 4, Art. 43 Abs. 3 GO). ²Bei Beamte/innen der Besoldungsordnung A ist er/sie für die Einleitung und Einstellung behördlicher Disziplinarverfahren und den Erlass von Disziplinarverfügungen zuständig. ³Seine/Ihre beamten- und disziplinarrechtlichen Befugnisse kann der/die Oberbürgermeister/in nach Maßgabe des Art. 39 Abs. 2 GO als laufende Angelegenheit auf Gemeindebedienstete übertragen.

§ 12**Aufgaben in eigener Zuständigkeit**

- (1) Der/die Oberbürgermeister/in erledigt in eigener Zuständigkeit die
 1. laufenden Angelegenheiten, die für die Stadt keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO),
 2. der Stadt durch ein Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes übertragenen hoheitlichen Aufgaben in Angelegenheiten der Verteidigung einschließlich des Wehersatzwesens und des Schutzes der Zivilbevölkerung, soweit nicht für haushalts- oder personalrechtliche Entscheidungen der Stadtrat zuständig ist (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO),

3. Angelegenheiten, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten sind (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GO),
 4. Erteilung besonderer Prüfaufträge an das Rechnungsprüfungsamt (vgl. Art. 104 Abs. 2 Satz 2 GO) neben der eigenen Zuständigkeit des Stadtrats (vgl. § 4 Nr. 11 GeschO),
 5. Vollzug der Vergaben von Baumaßnahmen und anschließende regelmäßige zeitnahe Berichterstattung hierüber im Bau-, Hochbau-, und Konversionsausschuss.
- (2) ¹Der/die Oberbürgermeister/in ist befugt, an Stelle des Stadtrates oder eines Ausschusses dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen (Art. 37 Abs. 3 Satz 1 GO). ²Hiervon berichtet er/sie dem Stadtrat oder dem Ausschuss in der nächsten Sitzung (Art. 37 Abs. 3 Satz 2 GO).

§ 13

Vom Stadtrat übertragene Aufgaben

- (1) Dem/der Oberbürgermeister/in sind zur selbständigen Erledigung übertragen (Art. 37 Abs. 2 GO), soweit im Einzelfall der/die Oberbürgermeister/in nicht schon nach Art. 37 Abs. 1 Satz 1 GO zuständig ist:
- a) Nachträge zu Verträgen und Rechtsgeschäften, die einzeln oder zusammen die ursprüngliche Auftragssumme um nicht mehr als 10 % erhöhen,
 - b) unwesentliche Änderungen von Verträgen und Rechtsgeschäften, die ursprünglich in die Zuständigkeit des Stadtrates oder eines Ausschusses fallen,
 - c) in allgemeinen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten:
 - die Behandlung von Rechtsbehelfen einschließlich Abhilfeverfahren, die Abgabe von Prozessklärungen, die Erteilung des Mandats an einen Prozessbevollmächtigten, die Führung von Passivprozessen,
 - Abschluss von Vergleichen, Klageerhebung einschließlich der Einlegung von Rechtsmitteln, wenn die finanzielle Auswirkung auf die Stadt voraussichtlich 150.000,-- € nicht übersteigt und die Angelegenheit keine grundsätzliche Bedeutung hat,
 - die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln im Vollzug zwingender Rechtsvorschriften und im Rahmen von Satzungen und Verordnungen der Stadt, in denen die Leistungen nach Voraussetzung und Höhe festgesetzt sind,
 - d) die Gewährung von Zuschüssen, auch in Form von unentgeltlichen Nutzungsüberlassungen von Räumen an Vereine, Verbände und Organisationen bis zu einem Betrag von 150.000,-- € im Einzelfall.
 - e) Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises (Art. 8, 9 Abs. 1, Art. 58 GO), insbesondere die Angelegenheiten des Enteignungsrechts, soweit es sich um die Aufgaben der Enteignungsbehörde handelt,
 - f) bei der Vertretung der Stadt in Gesellschafterversammlungen (Art. 93 Abs. 1 GO) in folgenden Angelegenheiten:
 - Wahl eines Abschlussprüfers,
 - Erteilung und Widerruf von Prokura,
 - Festsetzung der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder, soweit diese als Inflationsausgleich auf Basis eines anzulegenden Preisindexes betrachtet werden,
 - Feststellung des Protokolls.
- (2) Ferner sind dem/der Oberbürgermeister/in gem. Art. 43 Abs. 2 i. V. m. Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO folgende Personalangelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen:
- a) bei Beamten/innen: der 1., 2. und 3. Qualifikationsebene der Besoldungsordnung A diese zu ernennen, zu befördern, abzuordnen oder zu versetzen, an eine Einrichtung zuzuweisen, in den Ruhestand zu versetzen oder zu entlassen, sowie Lehrkräfte der Besoldungsgruppe A 13 und A 14 zu ernennen,
 - b) bei Beschäftigten: mit einer Vergütung, die mit den oben genannten Qualifikationsebenen bei Beamten/innen (Buchstabe a) vergleichbar sind, diese einzustellen, einzugruppieren, höherzugruppieren, abzuordnen oder zu versetzen, einem Dritten zuzuweisen, mittels Personalgestellung zu beschäftigen und zu kündigen, sowie die Einstellung von tarifbeschäftigten Lehrkräften, die der oben genannten Besoldungsgruppe A 13 und A 14 entsprechen.
- (3) Die Übertragung erstreckt sich nicht auf Angelegenheiten, die nach Art. 32 Abs. 2 Satz 2 GO nicht auf beschließende Ausschüsse übertragen werden können.

§ 14

Vertretung der Stadt nach außen, Verpflichtungsgeschäfte

- (1) Der/die Oberbürgermeister/in vertritt die Stadt nach außen (Art. 38 Abs. 1 GO).
- (2) ¹Erklärungen, durch welche die Stadt verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform; das gilt nicht für ständig wiederkehrende Geschäfte des täglichen Lebens, die finanziell von unerheblicher Bedeutung sind. ²Die Erklärungen sind durch den/die Oberbürgermeister/in oder seine/ihre Stellvertretung unter Angabe der Amtsbezeichnung handschriftlich zu unterzeichnen. ³Sie können aufgrund einer den vorstehenden Erfordernissen entsprechenden Vollmacht auch von städtischen Dienstkräften unterzeichnet werden (Art. 38 Abs. 2 GO).

§ 15

Bürgerversammlungen

¹Der/die Oberbürgermeister/in beruft mindestens einmal jährlich, auf Verlangen des Stadtrats auch öfter, eine Bürgerversammlung zur Erörterung städtischer Angelegenheiten ein und führt den Vorsitz (Art. 18 Abs. 1 GO). ²Wenn es von mindestens 2,5 v. H. der Gemeindebürger unter Angabe der Tagesordnung schriftlich beantragt wird, muss eine Bürgerversammlung innerhalb von drei Monaten stattfinden (Art. 18 Abs. 2 GO).

§ 16**Stellvertretung des/der Oberbürgermeisters/in**

¹Die weiteren Bürgermeister/innen vertreten den/die Oberbürgermeister/in im Fall seiner/ihrer Verhinderung in ihrer Reihenfolge (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO). ²Der Stadtrat kann für den Fall der Verhinderung der weiteren Bürgermeister/innen weitere Stellvertreter/innen aus der Mitte der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder, die Deutsche i. S. d. Art. 116 Abs. 1 GG sind, bestellen (Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO). ³Sofern keine weiteren Stellvertreter i. S. v. Satz 2 bestellt sind, obliegt die Stellvertretung dem an Lebensjahren ältesten dienstbereiten ehrenamtlichen Stadtratsmitglied. ⁴Der/die Stellvertreter/in tritt in alle Rechte und Pflichten des/der Oberbürgermeisters/in ein.

IV. Ältestenrat und Kommissionen**§ 17****Ältestenrat**

¹Der Ältestenrat besteht aus dem/der Oberbürgermeister/in, den Bürgermeistern/innen, je zwei von den beiden größten Stadtratsfraktionen benannten Mitgliedern sowie je einem von den übrigen Fraktionen und Ausschussgemeinschaften bestimmten Mitglied, die sich durch im Voraus bestellte Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter vertreten lassen können.

²Er unterstützt den/die Oberbürgermeister/in bei der Führung der Geschäfte. ³Besonders obliegt es ihm, eine Abstimmung zwischen den Fraktionen und Ausschussgemeinschaften über Art und Zeit der Behandlung wichtiger Angelegenheiten herbeizuführen. ⁴Außerdem ist er für Ehrungen sowie für wichtige Angelegenheiten der Repräsentation vorberatend zuständig.

§ 18**Kommissionen**

¹Die Kollegien können zu ihrer Beratung in bestimmten Angelegenheiten Kommissionen bilden, denen auch Personen, die nicht Mitglied des Stadtrats sind, angehören können. ²Über Aufgaben und Zusammensetzung dieser Kommissionen sowie über die Dauer ihrer Tätigkeit beschließt der jeweils mit der Angelegenheit befasste Ausschuss, soweit sich der Stadtrat die Entscheidung nicht selbst vorbehalten hat. ³Das Recht des/der Oberbürgermeisters/in, in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung Arbeits-, Projekt-, Lenkungs- oder vergleichbare Gruppen einzurichten, bleibt hiervon unberührt.

V. Berichterstatter/innen, Mitberichterstatter/innen und Verwaltungsbeiräte**§ 19****Berichterstatter/innen und Mitberichterstatter/innen**

- (1) ¹Der/die Oberbürgermeister/in, die Bürgermeister/innen und die berufsmäßigen Stadträte/innen sind in den ihnen zur unmittelbaren Leitung vorbehaltenen oder zugewiesenen Geschäftsbereichen (Referaten) zur Berichterstattung in den Kollegien berechtigt und verpflichtet (Berichterstatter). ²Sie dürfen zu ihrer Unterstützung Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung zuziehen. ³Auf Anordnung des/der Vorsitzenden oder durch Beschluss des Kollegiums können diese zum Vortrag des/der Berichterstatters/in ergänzend Stellung nehmen.
- (2) In Gegenständen der örtlichen oder überörtlichen Prüfung ist Berichterstatter/in der/die Leiter/in des Rechnungsprüfungsamtes, wenn diese/r oder ein Kollegium unmittelbare Berichterstattung im Stadtrat oder einem Ausschuss verlangt.
- (3) ¹Für jede/n Berichterstatter/in kann die Oberbürgermeisterin aus den Reihen der Stadtratsmitglieder eine/n oder mehrere Mitberichterstatter/innen und je eine/n Stellvertreter/in bestellen. ²Die Mitberichterstatter/innen sind die vom/von der Oberbürgermeister/in nach § 8 Abs. 3 GeschO i.V.m. Art. 33 Abs. 2 BayGO bestimmten stellvertretenden Ausschussvorsitzenden; für Angelegenheiten des Referats Oberbürgermeister/in, die direkt im Stadtrat behandelt werden, ist Mitberichterstatter/in der/die Vorsitzende der im Stadtrat am stärksten vertretenen Fraktion. ³Der/die Mitberichterstatter/in hat die Aufgabe, bei Beratung von Angelegenheiten, für die der Stadtrat nach den §§ 2 bis 4 GeschO zuständig ist, im Anschluss an den Vortrag des/der Berichterstatters/in zu berichten.
- (4) ¹Den Mitberichterstatter/innen, im Verhinderungsfall ihren Stellvertreter/innen, sind von den Berichterstatter/innen die notwendigen Unterlagen unaufgefordert und rechtzeitig zugänglich zu machen. ²Im Übrigen haben sie – vorbehaltlich weitergehender Informationsrechte (z. B. nach dem Umweltinformationsgesetz) – in ihrem Geschäftsbereich das Recht, Akten einzusehen und Auskünfte zu verlangen, die mit einem Beratungsgegenstand im Stadtrat oder in einem Ausschuss in unmittelbarem Zusammenhang stehen. ³Kein Akteneinsichtsrecht besteht, wenn Geheimhaltungs- oder Datenschutzbestimmungen oder Rechte Dritter entgegenstehen. ⁴In Zweifelsfällen ist die Entscheidung des/der Oberbürgermeisters/in einzuholen, der/die dieses Recht auf den/die zuständige/n Referatsleiter/in delegieren kann.

§ 20**Verwaltungsbeiräte/innen**

- (1) ¹Der Stadtrat bestellt für die in **Anlage 2** dieser GeschO aufgeführten Ämter, Betriebe und sonstigen Einrichtungen Verwaltungsbeiräte/innen. ²Zu Verwaltungsbeiräte/innen können nur ehrenamtliche Stadtratsmitglieder ernannt werden.
- (2) ¹Die Verwaltungsbeiräte/innen stehen den Dienststellenleitern/innen beratend und unterstützend zur Seite. ²Sie sollen die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Kollegien und der Verwaltung konstruktiv fördern. ³Sie sollen sich mit allen be-

deutsamen Angelegenheiten ihres Wirkungskreises vertraut machen und sich – unbeschadet Art. 104 BayGO – laufend darüber unterrichten lassen; insbesondere sollen sie auf eine sparsame und zweckmäßige Verwaltung und Wirtschaftsführung hinwirken. Hierzu haben die Dienststellenleitungen in regelmäßigen Abständen die Verwaltungsbeiräte/innen über wesentliche Angelegenheiten der Dienststelle zu informieren.

- (3) ¹Die Verwaltungsbeiräte/innen haben - vorbehaltlich weitergehender Informationsrechte (z. B. nach dem Umweltinformationsgesetz) - in ihrem Geschäftsbereich das Recht, Akten einzusehen. ²Hierfür gilt § 5 a der GeschO entsprechend.

B) Der Geschäftsgang

I. Vorbereitung der Sitzungen

§ 21

Einberufung und Ladung

- (1) ¹Die Mitglieder des Stadtrates und der Ausschüsse werden durch den/die Oberbürgermeister/in zu den Sitzungen einberufen. ²Die Ladung ist mindestens sieben Tage vor der Sitzung zuzustellen. ³In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf 3 Tage verkürzt werden. ⁴Der Sitzungstag und der Tag des Zugangs der Ladung werden bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet. ⁵Mit schriftlichem Einverständnis des jeweiligen Stadtratsmitglieds gelten die Ladungen zu den Sitzungen durch rechtzeitige Hinterlegung im Schließfach des Stadtratsmitglieds (Rathaus) als zugestellt. ⁶Die Ladung wird zusätzlich im Ratsinformationssystem zum Abruf bereitgestellt. ⁷Wenn ein Viertel der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder die Einberufung einer Sitzung des Stadtrats unter Angabe der Beratungsgegenstände schriftlich beantragt, muss diese Sitzung spätestens am 14. Tag nach Eingang des Verlangens stattfinden (Art. 46 Abs. 2 Satz 3 GO). ⁸Die Frist beginnt mit dem Eingang des Antrags beim/bei der Oberbürgermeister/in. ⁹Die Sätze 7 und 8 gelten für die Ausschüsse entsprechend.
- (2) ¹Zu den Sitzungen des Stadtrats sind sämtliche Stadtratsmitglieder zu laden. ²Zu den Ausschusssitzungen werden die Ausschussmitglieder und die Berichterstatter/innen geladen; die ersten stellvertretenden Ausschussmitglieder sowie die Fraktionsvorsitzenden erhalten einen Abdruck der Ladung zur Kenntnis.
- (3) Die Ladung enthält Zeit und Ort der Sitzung sowie die vorläufige Tagesordnung i.S.v. § 22 Abs. 1 GeschO.

§ 22

Vorläufige Tagesordnung

- (1) ¹Die Tagesordnung für die Sitzungen des Stadtrats und der Ausschüsse setzt der/die Oberbürgermeister/in zunächst vorläufig fest; hierbei verteilt er/sie die Tagesordnungspunkte auf die öffentliche und die nichtöffentliche Sitzung (vgl. § 24 Abs. 3 GeschO). ²Sie enthält alle Gegenstände, die eine Beurteilung des Kollegiums erfordern oder wahrscheinlich machen sowie in Angelegenheiten, für die der Stadtrat gemäß §§ 2 bis 4 GeschO zuständig ist, die Angabe der jeweiligen Berichterstatter/innen und Mitberichterstatter/innen; in Ausschussangelegenheiten werden nur die jeweiligen Berichterstatter/innen angegeben.
- (2) In die vorläufige Tagesordnung für die Sitzungen des Stadtrats werden Gegenstände, bei denen zur Meinungsbildung eine Vorberatung angezeigt erscheint, grundsätzlich nur dann aufgenommen, wenn sie im zuständigen Ausschuss vorberaten wurden, es sei denn, eine Vorberatung konnte wegen des Vorliegens besonderer Umstände nicht erfolgen.
- (3) ¹Die Anmeldung von Beratungsgegenständen zur vorläufigen Tagesordnung hat spätestens dreizehn Tage vor dem Sitzungstermin zu erfolgen. ²§ 21 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend. ³Dabei werden auch Anträge von Stadtratsmitgliedern i. S. v. § 33 GeschO berücksichtigt, die in die Zuständigkeit eines Kollegiums fallen. ⁴Nach diesem Zeitpunkt eingehende Anmeldungen werden als Dringlichkeitsanträge gemäß § 33 Abs. 2 GeschO behandelt.
- (4) ¹Die angemeldeten Tagesordnungspunkte müssen in sachlicher, rechtlicher und finanzieller Hinsicht beratungsreif sein. ²Sofern die Beratungsgegenstände die Zuständigkeiten mehrerer Referate berühren, setzt die Anmeldung eine inhaltliche Abstimmung unter den betroffenen Referaten voraus.
- (5) Der Zeitpunkt und der Ort der öffentlichen Sitzungen werden unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung spätestens am dritten Tag vor der Sitzung durch Aushang im Rathaus sowie an weiteren Amtstafeln ortsüblich bekanntgemacht (Art. 52 Abs. 1 Satz 1 GO), der örtlichen Presse mitgeteilt sowie im Intranet und Internet bekanntgegeben.

§ 23

Sitzungsvorlagen

- (1) ¹Für die in der vorläufigen Tagesordnung enthaltenen Tagesordnungspunkte sind in der Regel Vorlagen durch das zuständige Referat zu fertigen. ²Sie sollen einen bestimmten Antrag enthalten.
- (2) ¹Die Sitzungsvorlagen und die als Beratungsgrundlage dienenden Unterlagen (Drucksachen, Vorlagen, Berichte usw.) sind bei Stadtratssitzungen allen Stadtratsmitgliedern, in Ausschusssitzungen den jeweiligen Ausschussmitgliedern und den Berichterstattern möglichst frühzeitig zuzustellen, in der Regel zusammen mit der Ladung zu den Sitzungen. ²Die Sitzungsvorlagen werden am selben Tag im Ratsinformationssystem zum Abruf bereitgestellt. ³§ 21 Abs. 1 Satz 5 GeschO gilt sinngemäß. ⁴Mit schriftlichem Einverständnis des jeweiligen Stadtratsmitglieds können die Unterlagen diesem auch ausschließlich digital im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. ⁵Die Fraktionsvorsitzenden erhalten die Unterlagen i. S. v. Satz 1 zur Kenntnis. ⁶Sitzungsvorlagen, die nicht rechtzeitig zugestellt werden können, dürfen unmittelbar vor der Sitzung im Sit-

zungsraum als Tischvorlage aufgelegt werden, wenn der ihnen zugrundeliegende Vorgang unvorhersehbar war oder aus anderen Gründen nicht rechtzeitig bearbeitet werden konnte und eine Beschlussfassung in der vorgesehenen Sitzung zwingend notwendig ist.

- (3) ¹Ist eine Zustellung der gedruckten Unterlagen im Sinne des § 23 Abs. 2 aus technischen Gründen nicht möglich (z. B. Briefkastengröße) und hat das Stadtratsmitglied nicht nach Abs. 2 Satz 4 auf die Unterlagen verzichtet, ist die Zustellung der Ladung zusammen mit der vorläufigen Tagesordnung ausreichend (Art. 46 Abs. 2 GO). ²Die beigelegten Unterlagen werden auf geeignete Weise hinterlegt (z. B. Rathausschließfächer).
- (4) ¹Die Ausgabe von gekürzten Sitzungsvorlagen an Stadtratsmitglieder in Angelegenheiten, die besonders umfangreich sind, ist zulässig. ²Sitzungsvorlagen für Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden und der Geheimhaltung oder dem Datenschutz unterliegen, können etwa als Tischvorlage aufgelegt werden.
- (5) ¹In Sitzungsvorlagen und in als Beratungsgrundlage dienenden Unterlagen ist der Grundsatz der Öffentlichkeit (§ 24 Abs.1 GeschO) zu berücksichtigen. ²Sofern deren Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung vorgesehen ist, hat die Verwaltung eine Begründung für den Ausschluss der Öffentlichkeit einzuarbeiten (Art. 52 Abs. 2 GO). ³In dieser Begründung ist darauf einzugehen, ob die Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit voraussichtlich dauerhaft sind oder später wegfallen können.

§ 24

Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Sitzungen

- (1) ¹Die Sitzungen des Stadtrats und der Ausschüsse sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder berechnigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen (Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GO).
- (2) ¹Sitzungen beginnen in der Regel mit einem öffentlichen Sitzungsteil, an den sich im Bedarfsfall die nichtöffentliche Sitzung anschließt. ²In dieser findet auch eine Beratung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte in der nichtöffentlichen Sitzung behandelt werden.
- (3) ¹In nichtöffentlicher Sitzung werden grundsätzlich behandelt:
 1. Personalangelegenheiten,
 2. Grundstücksangelegenheiten,
 3. Vergabe von Lieferungen und Leistungen,
 4. Ehrungen,
 5. Prüfungsangelegenheiten,
 6. Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, deren nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall von der Rechtsaufsichtsbehörde verfügt ist,
 7. sonstige Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz vorgeschrieben, nach der Natur der Sache oder den Umständen des Einzelfalles erforderlich oder durch den Stadtrat nach Maßgabe der Gemeindeordnung beschlossen ist, insbesondere Steuer- und Wirtschaftsangelegenheiten einzelner.²Der Ausschluss der Öffentlichkeit beschränkt sich auf die Abschnitte der Verhandlungen, die nichtöffentlich durchzuführen sind. ³Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind der Öffentlichkeit bekanntzugeben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 GO). ⁴Die Entscheidung darüber, ob die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind, trifft das für die ursprüngliche Entscheidung zuständige Gremium.
⁵Eine weitere Gremiumsentscheidung ist nicht erforderlich, wenn im Ausgangsbeschluss bereits darüber entschieden wurde, ob der Beschluss
 - dauerhaft nicht bekannt gegeben wird oder
 - dass zu definierende Teile des Beschlusses nach Eintritt nach einer in der Beschlussvorlage festzulegenden aufschiebenden Bedingung ganz oder in Teilen bekannt zu geben sind.

§ 25

Sitzungstage

- (1) Die Sitzungen des Stadtrates finden in der Regel monatlich an einem Donnerstag oder nach Bedarf, die Ausschusssitzungen jeweils nach Bedarf statt.
- (2) Die Sitzungstermine werden durch den/die Oberbürgermeister/in möglichst frühzeitig festgelegt und den Stadträten/innen in Form eines Sitzungszeitplans sowie der Öffentlichkeit durch das Internet bekanntgegeben.

§ 26

Zuhörer, Presse

¹Zu den öffentlichen Sitzungen hat jedermann nach Maßgabe des für Zuhörer verfügbaren Raumes Zutritt. ²Soweit erforderlich, kann die Zulassung durch Ausgabe von Platzkarten geregelt werden. ³Den Berichterstatern/innen der Medien sind nach Möglichkeit Sitzplätze vorzubehalten.

II. Beratung

§ 27

Sitzungsleitung und endgültige Tagesordnung

- (1) ¹Der/die Vorsitzende erklärt die Sitzung für eröffnet. ²Er/sie stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit der Stadtratsmitglieder fest und gibt die vorliegenden Entschuldigungen bekannt. ³Sodann stellt er/sie die Beschlussfähigkeit fest (Art. 47 Abs. 2 GO).
- (2) ¹In der Sitzung beschließt das Kollegium die endgültige Tagesordnung auf der Grundlage der vorläufigen Tagesordnung; dabei können Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abgesetzt, die Reihenfolge der Tagesordnung geändert, nachträglich Tagesordnungspunkte (z. B. Dringlichkeitsanträge) in die Tagesordnung aufgenommen sowie die Verteilung der Tagesordnungspunkte auf die öffentliche und die nichtöffentliche Sitzung geändert werden. ²Dringlichkeitsanträge (§ 33 Abs. 2 GeschO), können in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn
 - a) die Angelegenheit objektiv dringlich ist und der Stadtrat der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder
 - b) sämtliche Mitglieder des Stadtrats anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht.³Werden Änderungsanträge i. S. v. Satz 1 Halbsatz 2 nicht gestellt, gilt die Tagesordnung als endgültige Tagesordnung gebilligt. ⁴Bei der Beratung über die einzelnen Tagesordnungspunkte erhalten lediglich der/die Antragsteller/in sowie gegebenenfalls ein/e Antragsgegner/in das Wort; zur Sache selbst darf dabei nicht Stellung genommen werden. ⁵Anschließend werden die Tagesordnungspunkte in der endgültigen Tagesordnung festgelegten Reihenfolge behandelt. ⁶Für die Behandlung weiterer Anträge zur Geschäftsordnung, die die endgültige Tagesordnung betreffen, gelten die Bestimmungen der §§ 35 ff. GeschO.
- (3) ¹Der/die Vorsitzende leitet die Beratung. ²Er/sie kann die Sitzung – auch auf Antrag einer Fraktion oder Ausschussgemeinschaft – für eine Sitzungspause unterbrechen; nach Ablauf der Unterbrechung wird die Sitzung fortgesetzt. ³Er/sie schließt die Sitzung, wenn die Tagesordnung erledigt ist und weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen.

§ 28

Vortrag

¹Die Beratung eines Tagesordnungspunktes beginnt mit dem Vortrag des/der zuständigen Berichterstatters/in, an den sich in Stadtratssitzungen der Vortrag des/der Mitberichterstatters/in anschließt. ²Jeder Vortrag soll mit einem Antrag abgeschlossen werden. ³Soweit schriftliche Vorlagen zur Beratung eines Antrages erforderlich sind, diese aber den Sitzungsteilnehmern bisher nicht vorgelegt wurden oder Anträge in wesentlichem Umfang von der ausgegebenen Sitzungsvorlage abweichen oder sich erst aus der Beratung heraus ergeben, sind die entsprechenden Vorlagen oder Anträge spätestens bis zur Abstimmung dem/der Vorsitzenden schriftlich zu übergeben. ⁴Liegt ein Antrag eines vorbereitenden Ausschusses vor, ist dieser in der Sitzung des Stadtrats zu stellen. ⁵Der/die Berichterstatter/in und der/die Mitberichterstatter/in können ihre abweichende Meinung darlegen und zusätzlich einen eigenen Antrag stellen.

§ 29

Vortragsart

¹Die Redner/innen sprechen grundsätzlich in freiem Vortrag. ²Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen. ³Sie sprechen von den dafür vorgesehenen Tisch- oder Saalmikrofonen oder vom Rednerpult aus. ⁴Sollen zur Erläuterung bzw. besseren Veranschaulichung des Vortrages Projektionsmedien Verwendung finden, ist dies rechtzeitig vor Sitzungsbeginn dem Sitzungsdienst des Hauptamtes mitzuteilen und in einer für die Projektionstechnik des Sitzungssaales geeigneter Weise zu übergeben.

§ 30

Beratungen (Worterteilung, Dritte, Redezeit) Geschäftsordnungsanträge

- (1) ¹Die Sitzungsteilnehmer dürfen das Wort nur ergreifen, wenn es ihnen vom/von der Vorsitzenden erteilt wird. ²Ein Stadtratsmitglied darf im Stadtrat zu demselben Gegenstand nicht öfter als zweimal das Wort ergreifen; diese Beschränkung gilt nicht für den/die Vorsitzende/n, den/die Berichterstatter/in und den/die Mitberichterstatter/in.
- (2) ¹Der/die Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. ²Bei gleichzeitiger Wortmeldung entscheidet der/die Vorsitzende. ³Er/sie kann von der Reihenfolge nach Satz 1 abweichen, um zunächst je einen Redebeitrag aus den Fraktionen, Ausschussgemeinschaften und Gruppen bzw. fraktionsfreien Stadtratsmitgliedern zuzulassen. ⁴Bei Sachanträgen, denen Dringlichkeit durch das zuständige Kollegium gem. § 33 Abs. 2 GeschO zuerkannt wurde, wird zuerst dem/der Antragsteller/in oder einem Mitglied seiner/ihrer Fraktionen, Ausschussgemeinschaften und Gruppen bzw. fraktionsfreien Stadtratsmitgliedern das Wort zur Begründung des Antrags erteilt.
- (3) Auf Anordnung des/der Vorsitzenden oder durch Beschluss des Kollegiums können dem Stadtrat oder Ausschuss nicht angehörende Personen zur Beratung zugezogen oder gutachtlich gehört werden.
- (4) ¹Durch Beschluss kann die Zahl der Wortmeldungen beschränkt sowie die Redezeit bis auf drei Minuten begrenzt werden; in diesem Fall muss jede Fraktion, Ausschussgemeinschaft und Gruppe bzw. fraktionsfreies Stadtratsmitglied mindestens einmal die Möglichkeit haben, zu Wort zu kommen. ²Für Berichterstatter/innen, Mitberichterstatter/innen und Antragsteller/innen soll eine Begrenzung im Regelfall nicht vorgenommen werden. ³Spricht ein/e Redner/in über die Redezeit hinaus, kann ihm/ihr der/die Vorsitzende nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen.
- (5) ¹Der/die Vorsitzende kann nach jedem/r Redner/in das Wort ergreifen. ²Ebenso kann er/sie dem/der Berichterstatter/in und dem/der Mitberichterstatter/in jederzeit das Wort erteilen. ³Der/die Vorsitzende darf zur Wahrnehmung seiner/ihrer Befugnisse eine/n Redner/in unterbrechen.

- (6) ¹Zur Stellung von Geschäftsordnungsanträgen im Sinne der §§ 35 ff. GeschO wird außer der Reihe das Wort erteilt, jedoch ohne Unterbrechung einer Rede. ²Die Ausführungen müssen sich auf die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des zur Beratung stehenden Tagesordnungspunkts oder auf die Abwicklung der Tagesordnung beziehen. ³Im Übrigen gilt § 35 Abs. 2 Satz 4 entsprechend.
- (7) ¹Wenn kein Redebeitrag mehr vorgemerkt oder wenn auf Antrag die Beratung vorzeitig beendet wurde (§ 37 GeschO), wird die Verhandlung geschlossen. ²Der/die Vorsitzende, der/die Antragsteller/in des Sachantrags, der/die Berichterstatter/in und der/die Mitberichterstatter/in haben das Recht zur Schlussäußerung. ³Die Beratung wird vom/von der Vorsitzenden geschlossen.

§ 31 Erklärungen

¹Zur Berichtigung als bestimmt bezeichneter Tatsachen, zu persönlichen Bemerkungen oder zur Abwehr eines persönlichen Angriffs wird sofort nach Beendigung der betreffenden Rede, auf Verlangen auch noch am Schluss der Sitzung oder in einer der nächsten Sitzungen, das Wort zu einer Erklärung erteilt. ²Zu solchen Erklärungen findet keine Aussprache statt.

§ 32 Teilnahme der Personalvertretung und des Rechnungsprüfungsamtes

- (1) Soweit die Teilnahme im Einzelfall wegen besonderer Sachkunde oder zur Erläuterung von Entscheidungen der Personalvertretung erforderlich ist, kann ein vertretungsberechtigtes Vorstandsmitglied des Gesamtpersonalrats bzw. des jeweiligen Dienststellenpersonalrats auf Anordnung des/der Vorsitzenden oder durch Beschluss des Kollegiums an nichtöffentlichen Sitzungen teilnehmen.
- (2) Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes können an den Sitzungen teilnehmen.

III. Sachanträge und Anfragen

§ 33 Antragstellung, Behandlung

- (1) ¹Die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder haben das Recht, Anträge zu stellen. ²Diese sind schriftlich beim/bei der Oberbürgermeister/in einzureichen und sollen mit einer kurzen Begründung versehen sein. ³Die Anträge können auch elektronisch oder im Ratsinformationssystem gestellt werden. ⁴Soweit die Anträge in die Zuständigkeit eines Kollegiums fallen, sind sie grundsätzlich bis zur nächsten oder übernächsten Sitzung des betreffenden Kollegiums, spätestens jedoch innerhalb einer Frist von drei Monaten zu behandeln, ansonsten ist ein Sachstandsbericht zu geben.
- (2) ¹Vor der Behandlung in der Sache kann der/die Oberbürgermeister/in, sofern der Antrag einen nicht unerheblichen Bearbeitungsaufwand für die Verwaltung erforderlich macht, eine Entscheidung im zuständigen Gremium herbeiführen, ob der Antrag überhaupt weiterverfolgt wird. ²Dabei kann ein antragstellendes Stadtratsmitglied oder ein von den Antragstellern beauftragtes Stadtratsmitglied den Antrag kurz begründen.
- (3) Eine Aussprache über die Weiterverfolgung findet nur statt, wenn der/die Vorsitzende sie zulässt oder ein entsprechender Antrag von mindestens 1/4 der anwesenden Gremiumsmitglieder befürwortet wird.
- (4) ¹Wird die Weiterverfolgung des Antrages im zuständigen Gremium beschlossen, verlängert sich die in Abs. 1 genannte Bearbeitungsfrist um einen weiteren Sitzungstermin oder maximal um einen weiteren Monat auf insgesamt vier Monate. ²Das Gremium kann bei der Beschlussfassung eine längere Bearbeitungszeit festlegen.
- (5) ¹Dringlichkeitsanträge (vgl. § 22 Abs. 3 Satz 3 GeschO) sind spätestens am dritten Tag vor der Sitzung gemäß Abs. 1 Satz 2 und 3 einzureichen. ²Über die Zuerkennung der Dringlichkeit im Sinne des § 27 Abs. 2 Satz 2 GeschO wird nach Anhörung je eines/r Redners/in für und gegen die Dringlichkeit des Antrags abgestimmt. ³Wird die Dringlichkeit verneint, wird der Antrag nach Absatz 1 behandelt.
- (6) ¹Soweit ein Antrag Ausgaben verursacht, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt sind (Finanzanträge), sind gleichzeitig Deckungsvorschläge zu unterbreiten (Art. 66 GO). ²Andernfalls wird der Antrag nicht behandelt.
- (7) Anträge zur Geschäftsordnung oder einfache Sachanträge im Rahmen der Tagesordnung (insbesondere Änderungs- und Zusatzanträge, Anträge auf Rücknahme eines Antrags) können während der Sitzung auch mündlich gestellt werden.
- (8) Die eingereichten Anträge stehen den Fraktionen, Ausschussgemeinschaften, Gruppen sowie weiteren Stadtratsmitgliedern (Einzelstadträte) nach der Eingangsbearbeitung durch den/die Oberbürgermeister/in im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

§ 33a Anfragen

- (1) ¹Jedes ehrenamtliche Stadtratsmitglied kann in kommunalen Angelegenheiten des Stadtrates und der Ausschüsse nach den Abschnitten A) I. und II. Anfragen an den/die Oberbürgermeister/in und die berufsmäßigen Stadtratsmitglieder stellen. ²Diese sind im Rahmen des Ratsinformationssystems auf elektronischem Weg einzureichen.

- (2) ¹Die Anfragen müssen sich auf Tatsachen beschränken und knapp und sachlich gehalten sein. ²Der Sinn der Anfrage soll kurz begründet werden. ³Die Anfragen werden vom/von der Oberbürgermeister/in, soweit er/sie die Anfrage nicht selbst beantwortet, an die/den zuständige berufsmäßige/n Stadtrat/rätin weitergeleitet.
- (3) ¹Der/die Oberbürgermeister/in kann die Beantwortung der Anfrage, sofern sie einen nicht unerheblichen Bearbeitungsaufwand für die Verwaltung erforderlich macht, von einem positiven Beschluss im zuständigen Gremium, ob die Anfrage beantwortet werden soll, abhängig machen. ²Dabei kann ein anfragestellendes Stadtratsmitglied oder ein von den Anfragestellten beauftragtes Stadtratsmitglied die Anfrage kurz begründen. ³Eine Aussprache über die Beantwortung der Anfrage findet nur statt, wenn die vorsitzende Person sie zulässt oder ein entsprechender Antrag von mindestens 1/4 der anwesenden Stadtratsmitglieder befürwortet wird.
- (4) ¹Die Behandlung im zuständigen Gremium oder die Beantwortung im Ratsinformationssystem erfolgt binnen einer Frist von 3 Monaten. ²Im Falle einer Beschlussfassung im zuständigen Gremium nach Abs. 3 verlängert sich die Frist zur Beantwortung um einen Monat auf insgesamt 4 Monate. ³Die Behandlung oder Beantwortung kann entsprechend Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GO öffentlich oder nichtöffentlich erfolgen.
- (5) Kann die jeweilige Frist zur Beantwortung nicht eingehalten werden, ist ein Zwischenbericht im Ratsinformationssystem zu geben.
- (6) Die anfragende Person ist über die Bereitstellung der Antwort im Ratsinformationssystem zu informieren.

§ 34

Reihenfolge bei der Abstimmung

- (1) ¹Die Abstimmung erfolgt am Schluss der Beratung über den Sachantrag oder über den Geschäftsordnungsantrag. ²Die Beratung wird vom/von der Vorsitzenden geschlossen.
- (2) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:
 1. Anträge zur Geschäftsordnung in der Reihenfolge des § 40 GeschO,
 2. Anträge, die mit dem Beschluss eines vorberatenden Ausschusses übereinstimmen, sofern hierzu keine Änderungs- oder Zusatzanträge von ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern oder Berichterstatter/innen gestellt werden,
 3. Anträge von ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern; bei Vorliegen mehrerer Anträge zu demselben Abstimmungsgegenstand wird in der Reihenfolge abgestimmt, in der sie gestellt sind, soweit nicht sachliche Gesichtspunkte eine andere Reihenfolge zweckmäßig erscheinen lassen, insbesondere falls ein Antrag als weitergehend zu qualifizieren ist; als weitergehend ist insbesondere derjenige Antrag anzusehen, dessen Erfüllung einen größeren Aufwand erfordert oder eine einschneidendere Maßnahme zum Gegenstand hat oder durch dessen Annahme oder Ablehnung die übrigen Anträge erledigt sind; bei der Abstimmung über Zahlen wird über die höchste Zahl zuerst abgestimmt,
 4. Anträge der Berichterstatter/innen.
- (3) Bei Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Reihenfolge i.S.v. Absatz 2 entscheidet das jeweilige Kollegium.

IV. Anträge zur Geschäftsordnung

§ 35

Vertagung eines Tagesordnungspunkts

- (1) Der Stadtrat und die Ausschüsse können auf Antrag die Beratung oder die Beschlussfassung über einen Tagesordnungspunkt vertagen.
- (2) ¹Der Antrag kann vor und während der Beratung jedes Tagesordnungspunkts gestellt werden. ²Zur Sache darf nicht mehr gesprochen werden. ³Weitere Wortmeldungen sind bis zur Beendigung der Beschlussfassung über den Geschäftsordnungsantrag nicht mehr zulässig. ⁴Auf ihr Verlangen sind dem/der Antragsteller/in des Sachantrags, dem/der Berichterstatter/in und dem/der Mitberichterstatter/in vor der Abstimmung das Wort zu erteilen sowie je ein Redebeitrag für und gegen den Antrag zuzulassen.
- (3) Wird der Antrag abgelehnt, darf er im Lauf der Beratung dieses Tagesordnungspunkts nicht wiederholt werden.
- (4) Wird Vertagung beschlossen, wird die Beratung sofort geschlossen und durch Beschluss festgelegt, bis zu welchem Zeitpunkt die weitere Behandlung zu erfolgen hat.

§ 36

Verweisung an einen Ausschuss

- (1) Der Stadtrat kann auf Antrag die Beratung über einen Tagesordnungspunkt an einen Ausschuss verweisen.
- (2) § 35 Abs. 2 und 3 GeschO findet Anwendung.
- (3) An die Ausschüsse verwiesene Angelegenheiten sollen in der nächsten Sitzung des zuständigen Ausschusses behandelt werden.

§ 37**Schluss der Beratung**

- (1) ¹Auf Antrag kann die Beratung über einen Tagesordnungspunkt vorzeitig beendet werden. ²Der Antrag kann nur durch ein Stadtratsmitglied gestellt werden, das sich nicht bereits an der Beratung als Redner/in beteiligt hat.
- (2) ¹Der Antrag kann erst gestellt werden, wenn alle Fraktionen, Ausschussgemeinschaften (soweit diese eine übereinstimmende Position äußern), Gruppen und fraktionsfreien Stadtratsmitglieder Gelegenheit hatten, zur Sache zu sprechen. ²Im Übrigen findet § 35 Abs. 2 Sätze 2, 3 und 4 GeschO Anwendung.
- (3) Bei Ablehnung des Antrags auf Schluss der Beratung wird die Beratung fortgesetzt.

§ 38**Schluss der Redeliste**

- (1) ¹Der Stadtrat kann auf Antrag beschließen, dass nur noch diejenigen Stadtratsmitglieder das Wort ergreifen können, die sich zur Antragstellung zu Wort gemeldet haben und vom/ von der Vorsitzenden in die Rednerliste aufgenommen wurden. ²Der Antrag kann nur durch ein Stadtratsmitglied gestellt werden, das sich nicht bereits an der Beratung als Redner/in beteiligt hat.
- (2) § 37 Abs. 2 Satz 1 und § 35 Abs. 2 Sätze 2, 3 und 4 GeschO finden Anwendung.

§ 39**Handhabung der Geschäftsordnung**

Für die Behandlung aller übrigen Geschäftsordnungsanträge, insbesondere der Anträge, welche die Beanstandung der Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsgangs zum Gegenstand haben, gilt § 35 Abs. 2 GeschO.

§ 40**Reihenfolge der Behandlung**

Gleichzeitig vorliegende Anträge zur Geschäftsordnung werden in folgender Reihenfolge behandelt:

1. Antrag zur Handhabung der Geschäftsordnung (vgl. § 39 GeschO)
2. Antrag auf Vertagung (vgl. § 35 GeschO)
3. Antrag auf Verweisung an einen Ausschuss (vgl. § 36 GeschO)
4. Antrag auf Schluss der Beratung (vgl. § 37 GeschO)
5. Antrag auf Schluss der Redeliste (vgl. § 38 GeschO)

V. Beschlussfassung**§ 41****Beschlussfähigkeit**

- (1) Die Kollegien sind beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 2 GO).
- (2) Der/die Vorsitzende hat sich jeweils vor der Beschlussfassung über einen Tagesordnungspunkt zu überzeugen, ob die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
- (3) ¹Bei gemeinsamen Sitzungen von Ausschüssen findet die Abstimmung jeweils getrennt für jeden Ausschuss statt; die Beschlussfähigkeit beurteilt sich in diesem Fall für jeden Ausschuss gesondert. ²Gehört ein Stadtratsmitglied mehreren Ausschüssen an, zählt es hinsichtlich Beschlussfähigkeit und Stimme in allen Ausschüssen mit, in denen es Mitglied ist.
- (4) Ist das Kollegium beschlussunfähig, kann die Sitzung vom/von der Vorsitzenden längstens bis zum Ablauf einer Stunde unterbrochen werden, sofern bis dahin die Beschlussfähigkeit des Kollegiums zu erwarten ist.
- (5) ¹Wird der Stadtrat zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. ²Bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden (Art. 47 Abs. 3 GO).

§ 42**Allgemeine Abstimmungsgrundsätze**

- (1) ¹Grundsätzlich wird über jeden Tagesordnungspunkt insgesamt abgestimmt. ²Über einzelne Teile eines Antrags ist getrennt abzustimmen, wenn dies auf Antrag beschlossen wird oder der/die Vorsitzende eine Teilung der Fragen vorgenommen hat (Teilabstimmung). ³Wenn über einzelne Teile eines Antrags getrennt abgestimmt wurde, ist, sofern sich die Teilanträge widersprechen oder ein Mitglied des Stadtrates dies beantragt, noch über den Gesamtantrag in der Fassung, den er durch die Einzelabstimmungen erhalten hat abzustimmen (Schlussabstimmung), soweit nicht alle Teilanträge abgelehnt worden sind und der Antrag damit insgesamt abgelehnt worden ist oder allen zugestimmt wurde und der Antrag damit insgesamt beschlossen wurde.

- (2) ¹Jeder Tagesordnungspunkt ist grundsätzlich einzeln zur Abstimmung zu stellen. ²Eine Sammelabstimmung (En-bloc-Abstimmung) über mehrere – auch sachlich nicht miteinander zusammenhängende Tagesordnungspunkte – ist zulässig, wenn alle Abstimmenden damit einverstanden sind. ³Eine Sammelabstimmung findet nicht statt bei Beschlüssen über Satzungen und Verordnungen.
- (3) Der/die Vorsitzende stellt die Fragen zur Abstimmung so, dass sie sich mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten lassen.
- (4) ¹Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst (Art. 51 Abs. 1 Satz 1 GO), soweit nicht durch Gesetz eine besondere Mehrheit vorgeschrieben ist. ²Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 51 Abs. 1 Satz 2 GO). ³Stimmenthaltung ist unzulässig (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 GO).
- (5) Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und Abstimmung nicht nochmals aufgenommen werden, es sei denn, alle Kollegiumsmitglieder einschließlich des/der Vorsitzenden sind damit einverstanden.

§ 43

Durchführung der Abstimmung

- (1) ¹Die Beschlüsse werden grundsätzlich in offener Abstimmung durch Handaufhebung gefasst. ²Die Abstimmung erfolgt vom Sitzplatz des Stadtratsmitglieds aus. ³Bestehen über das Ergebnis Zweifel oder wird von einem ehrenamtlichen Stadtratsmitglied eine Auszählung verlangt, wird die Abstimmung unter Feststellung der Ja- und Nein-Stimmen wiederholt. ⁴Der/die Vorsitzende oder ein Viertel des Kollegiums können in besonderen Fällen oder wenn die Auszählung zweifelhaft ist, namentlich abstimmen lassen. ⁵Die namentliche Abstimmung erfolgt durch Aufruf der Stadtratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge, die mit „Ja“ oder „Nein“ antworten.
- (2) Nach Beendigung der Abstimmung gibt der/die Vorsitzende das Abstimmungsergebnis bekannt und verkündet, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist.
- (3) Jedes Kollegiumsmitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es abgestimmt hat (Art. 54 Abs. 1 Satz 3 GO).

§ 44

Wahlen

- (1) ¹Wahlen i.S.v. Art. 51 Abs. 4 GO werden in geheimer Abstimmung vorgenommen. ²Sie sind nur gültig, wenn sämtliche ehrenamtliche Stadtratsmitglieder unter Angabe des Gegenstands geladen sind und die Mehrheit von ihnen anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 51 Abs. 3 Satz 2 GO).
- (2) ¹Zur Durchführung der Wahl und Feststellung des Wahlergebnisses wird ein Wahlausschuss gebildet. ²Dieser besteht aus dem/der Vorsitzenden sowie zwei von ihm/ihr auf Vorschlag der Fraktionen berufenen Stadtratsmitgliedern.
- (3) ¹Ungültig sind Nein-Stimmen und leere Stimmzettel (Art. 51 Abs. 3 Satz 4 GO). ²Ungültig sind auch solche Stimmzettel, die den Namen der gewählten Person nicht eindeutig ersehen lassen. ³Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keine Zusätze enthalten oder sonstige Kennzeichnungen tragen. ⁴Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen (Art. 51 Abs. 3 Satz 5 GO).
- (4) ¹Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält (Art. 51 Abs. 3 Satz 3 GO). ²Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält keiner der Bewerber/innen mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, tritt Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen ein (Art. 51 Abs. 3 Satz 6 GO). ³Dies gilt auch, wenn nur zwei Bewerber zur Wahl stehen. ⁴Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los (Art. 51 Abs. 3 Satz 7 GO).
- (5) ¹Haben im ersten Wahlgang mehr als zwei Bewerber die gleiche höchste Stimmzahl erhalten oder stehen an zweiter Stelle zwei oder mehr Bewerber mit gleichen Stimmzahlen, entscheidet das Los darüber, wer von ihnen mit gleicher Stimmzahl in die Stichwahl kommt. ²Der Stadtrat schlägt ein Stadtratsmitglied zur Herstellung der Lose vor; das Los wird sodann von einem anderen Stadtratsmitglied gezogen.

VI. Abschlusshandlungen

§ 45

Anfragen und Informationen nach Abschluss der Tagesordnung

- (1) ¹Nach Erledigung der Tagesordnung können die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder in der Sitzung Fragen an die Berichterstatter/innen stellen. ²Die Anfragen sollen in der Regel bis spätestens Dienstbeginn des Vortages der Sitzung in Textform an den/die Oberbürgermeisterin übermittelt werden. ³Die Anfragen sind kurz und sachlich zu fassen. ⁴Kann eine Frage nicht sofort beantwortet werden, ist sie möglichst in der nächsten Sitzung des Stadtrats oder des zuständigen Ausschusses zu beantworten. ⁵Soweit der/die Fragende einverstanden ist, kann die Frage auch im Ratsinformationssystem beantwortet werden. ⁶Eine Aussprache findet nicht statt. ⁷Erfordert die Beantwortung der Frage einen größeren Verwaltungsaufwand wird die Anfrage wie eine Anfrage nach § 33a behandelt.
- (2) ¹Der/die Vorsitzende oder die Berichterstatter/innen informieren das zuständige Kollegium über aktuelle Angelegenheiten von allgemeinem Interesse. ²Hierzu kann eine Aussprache stattfinden.

§ 46
Beendigung der Sitzung

Der/die Vorsitzende erklärt die Sitzung nach Behandlung der Tagesordnung und etwaiger Anfragen und Informationen für beendet.

VII. Ordnungsbestimmungen

§ 47
Sitzordnung im Stadtrat

- (1) ¹Der/die Vorsitzende sitzt dem Kollegium gegenüber. ²Ihm/ihr zur Seite sitzen die weiteren Bürgermeister/innen, an die sich die berufsmäßigen Stadtratsmitglieder anschließen.
- (2) Die Sitzordnung für die konstituierende Sitzung des Stadtrats bestimmt der/die Oberbürgermeister/in.
- (3) Über die endgültige Sitzordnung entscheidet der Stadtrat im Benehmen mit den Fraktionen, Ausschussgemeinschaften, Gruppen und weiteren Stadträten.

§ 48
Handhabung der Ordnung (Nutzung elektronischer Medien, Ton- und Bildaufnahmen)

- (1) ¹Der/die Vorsitzende ist berechtigt, Stadtratsmitglieder, die nicht zur Sache sprechen, beleidigende Ausführungen machen oder sonst gegen die parlamentarischen Gepflogenheiten verstoßen, zu rügen und im Wiederholungsfall zur Sache oder Ordnung zu rufen. ²Ergibt sich nach zweimaligem Sach- oder Ordnungsruf ein abermaliger Anlass zum Einschreiten, kann der/die Vorsitzende dem/der Redner/in das Wort entziehen.
- (2) ¹Die Nutzung elektronischer Medien während der Sitzungen darf nur erfolgen, soweit durch sie eine aktive Sitzungsteilnahme nicht beeinträchtigt und der Sitzungsverlauf nicht gestört wird. ²Die Fertigung von Ton- und Bildaufnahmen jeder Art bedürfen der Zustimmung des Vorsitzenden und des Stadtrats; sie bedürfen bei Angelegenheiten nach dem Presserecht lediglich der Zustimmung des/der Oberbürgermeisters/in. ³Auf Verlangen eines einzelnen Mitglieds des Stadtrates sind sie hinsichtlich seiner Person zu unterlassen. ⁴Ton und Bildaufnahmen von Gemeindebediensteten und sonstigen Sitzungsteilnehmern sind nur mit deren Einwilligung zulässig.
- (3) ¹Der/die Vorsitzende kann mit Zustimmung des Kollegiums Stadtratsmitglieder, die die Ordnung fortgesetzt erheblich stören, von der Sitzung ausschließen (Art. 53 Abs. 1 Satz 3 GO); hierzu gilt die Zustimmung als erteilt, wenn aus der Mitte des Kollegiums kein Widerspruch erhoben wird. ²Wird durch ein bereits von einer früheren Sitzung ausgeschlossenes Mitglied eines Kollegiums die Ordnung innerhalb von zwei Monaten neuerdings im selben Kollegium erheblich gestört, kann ihm die Teilnahme für zwei weitere Sitzungen dieses Kollegiums untersagt werden (Art. 53 Abs. 2 GO); hierüber entscheidet der Stadtrat.
- (4) ¹Falls Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal nicht anders wiederherzustellen sind, kann der/die Vorsitzende die Sitzung unterbrechen oder schließen. ²Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens nach Ablauf einer Stunde fortzuführen. ³Die Beratung ist an dem Punkt, an dem die Sitzung unterbrochen wurde, fortzusetzen.
- (5) ¹In Ausübung des Hausrechts kann der/die Vorsitzende Zuhörer, die den Verlauf der Sitzung durch Eingreifen in die Verhandlung, insbesondere durch Beifalls- oder Missfallensäußerungen, durch ungebührliches Verhalten oder in anderer Weise stören, zur Ordnung rufen. ²Er/sie kann einzelne oder bei allgemeiner Unruhe sämtliche Zuhörer von der Sitzung ausschließen (vgl. Art. 53 Abs. 1 Satz 2 GO).

VIII. Sitzungsniederschrift

§ 49
Führung und Inhalt

- (1) ¹Der Sitzungsdienst des Hauptamtes übernimmt die Schriftführung und erstellt die Niederschrift über die Sitzung eines Kollegiums. ²Die Niederschrift wird getrennt nach öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten geführt und vom/von der Vorsitzenden und dem/ der Schriftführer/in unterzeichnet (Art. 54 Abs. 2 Halbsatz 1 GO). ³Der/die Oberbürgermeister/in erhält die Niederschriften über die Sitzungen der Kollegien, in denen er/sie nicht den Vorsitz geführt hat, zu seiner/ihrer Kenntnis.
- (2) Die Niederschriften müssen folgende Angaben enthalten (vgl. Art. 54 Abs. 1 Satz 2 und 3 GO):
 1. den Tag und den Ort der Sitzung,
 2. den Beginn, die Unterbrechung und das Ende der Sitzung,
 3. die Namen des/der Vorsitzenden und der teilnehmenden berufsmäßigen Stadtratsmitglieder,
 4. die Namen der anwesenden und der abwesenden Stadtratsmitglieder unter Angabe des Abwesenheitsgrunds sowie die Namen der anderen zur Beratung oder aus sonstigem Grund zugezogenen Personen,
 5. die Namen der Berichterstatter/innen,
 6. die behandelten Tagesordnungspunkte unter Darstellung des wesentlichen Inhalts des Vortrags des/der Berichterstatters/in und der Beratung,
 7. die gestellten Anträge, die Anfragen und Informationen,
 8. die gefassten Beschlüsse,

9. die Abstimmungs- und Wahlergebnisse,
 10. auf Verlangen des Stadtratsmitglieds den etwaigen Vermerk, dass es an einer Abstimmung nicht teilgenommen (vgl. Art. 49 GO) oder wie es abgestimmt hat (vgl. Art. 54 Abs. 1 Satz 3 GO),
 11. bei namentlicher Abstimmung als Beilage die Abstimmungsliste.
- (3) ¹Die Vorträge der Berichtersteller/innen werden in die Niederschrift aufgenommen, wenn sie im Wesentlichen nicht mit den schriftlichen Vorlagen übereinstimmen. ²Die Vorlagen sind der Niederschrift zusammen mit den Beratungsergebnissen, die von dem/der Vorsitzenden, den Berichterstellern/innen und dem/der Schriftführer/in zu unterzeichnen sind, beizugeben.
- (4) ¹Die Niederschriften werden spätestens in der übernächsten Sitzung des jeweiligen Kollegiums zur Genehmigung vorgelegt (vgl. Art. 54 Abs. 2 Halbsatz 2 GO). ²Über die gegen den Inhalt der Niederschrift vorgebrachten Einwendungen entscheidet das jeweilige Gremium; Änderungen sind als Nachtrag zu der betreffenden Niederschrift aufzunehmen.
- (5) ¹Als Hilfsmittel zur Erstellung der Niederschriften sollen in der Regel Tonträger in den Sitzungen verwendet werden. ²Die Aufzeichnungen werden spätestens nach Genehmigung der Niederschrift gelöscht.

§ 49a

Einsichtnahme und Abschriftenerteilung

- (1) ¹Stadtratsmitglieder können jederzeit die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen einsehen und sich Abschriften der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse erteilen lassen (Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO). ²Abschriften von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, können sie verlangen, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind. ³Dies gilt jedoch nicht für die Sitzungsniederschriften über Tagesordnungspunkte einer nichtöffentlichen Sitzung, von der sie wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossen waren (§ 5 Abs. 3).
- (2) ¹Niederschriften über öffentliche Sitzungen werden den Stadtratsmitgliedern im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. ²Gleiches gilt für Beschlüsse, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind; dies gilt nicht für die jeweilige über eine nichtöffentliche Sitzung erstellte Sitzungsniederschrift.

IX. Definitionen und Sonderbestimmungen

§ 50

Bewirtschaftungsmaßnahmen

- (1) ¹Bewirtschaftungsmaßnahmen sind Rechtshandlungen gegenüber Dritten, durch die Einnahmen oder Ausgaben der Stadt begründet oder nach Betrag und sonstigen Bedingungen festgesetzt werden, wie insbesondere beim Abschluss von Dienst-, Werk-, Kauf-, Liefer-, Darlehens-, Miet- oder Pachtverträgen, bei der Bewilligung von Unterstützungen und Zuschüssen, bei der Festsetzung von kommunalen Steuern und Gebühren, bei der Anerkennung kommunaler Steuerverpflichtungen oder bei der Gewährung von Zahlungsnachsicht. ²Als Bewirtschaftungsmaßnahmen gelten auch Entscheidungen, die nicht unmittelbare (Dritten gegenüber vorzunehmende) Maßnahmen mit Zahlungsfolge betreffen, deren Durchführung aber solche Maßnahmen erfordern.
- (2) Als tarifizierte Bewirtschaftungsmaßnahmen gelten Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Vollzug örtlicher und überörtlicher Vorschriften (z. B. Steuersatzungen, Steuergesetze, Gebührenordnungen, Besoldungsordnungen, Unterstützungsrichtsätze), wenn in diesen Vorschriften die Zahlung (Einnahme oder Ausgabe) nach Voraussetzung, Maß und Zeitpunkt in festen Beträgen oder eng begrenztem Rahmen festgelegt ist; das gilt auch für sogenannte technische Stundungen, die Umsetzung finanzamtlicher Grundlagenbescheide einschließlich der Aussetzung der Vollziehung und den Erlass von Nachzahlungszinsen zur Gewerbesteuer aufgrund freiwilliger Zahlungen im Rahmen des geltenden Anwendungserlasses der staatlichen Finanzverwaltung zur Abgabenordnung.
- (3) ¹Der Geldwert einer Bewirtschaftungsmaßnahme wird durch deren voraussichtlichen Einnahme- oder Ausgabebetrag, bei wiederkehrenden Zahlungen durch die Summe der im laufenden und im anschließenden Rechnungsjahr zu erwartenden Beträge bestimmt. ²Bei der Neubestellung oder der Verlängerung von Erbbaurechtsverträgen berechnet sich der Geldwert aus dem auf die Dauer der Laufzeit oder der Verlängerung anfallenden Erbbauzinses. ³Der Wert ist hierbei jedoch auf den auf die ersten 20 Jahre anfallenden Wert beschränkt. ⁴Bestehen über den Geldwert einer Bewirtschaftungsmaßnahme Zweifel, ist die zu erwartende oberste Wertgrenze maßgebend.

§ 51

Anwendung der Betriebssatzungen der Eigenbetriebe und der Dienstordnung der Hessing-Stiftung

Soweit die Bestimmungen der Betriebssatzungen für die Eigenbetriebe der Stadt Augsburg (i. V. m. Art. 88 GO) oder die Bestimmungen der Dienstordnung für die Hessing-Stiftung von dieser Geschäftsordnung abweichen, gelten die dort festgelegten Regelungen.

§ 51a

Rechnungsprüfungsausschuss

- (1) Für den Rechnungsprüfungsausschuss (§ 9 Abs.1 Ziffer 9) gelten abweichend von den Regelungen der Geschäftsordnung folgende Regelungen:
- a) Den Vorsitz dieses Ausschusses führt das hierfür vom Stadtrat bestimmte Stadtratsmitglied (Art. 103 Abs. 2 GO).
 - b) Berichtersteller/in ist die/der Leiter/in des städtischen Rechnungsprüfungsamtes.

- c) Der/die Ausschussvorsitzende beruft die Mitglieder des Ausschusses zu den Sitzungen ein.
- d) Der/die Ausschussvorsitzende setzt die Tagesordnung vorläufig fest.
- e) Der/die Ausschussvorsitzende oder das zur Stellvertretung berufene Ausschussmitglied eröffnet und leitet die Sitzung.

(2) Im Übrigen gilt die Geschäftsordnung entsprechend.

§ 52 Bekanntmachungen

Satzungen und Verordnungen werden durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Augsburg amtlich bekannt gemacht.

X. Schlussbestimmung

§ 53 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Geschäftsordnung tritt mit Wirkung zum 14.05.2020 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung für den Stadtrat von Augsburg vom 23.02.2020 in der zuletzt gültigen Fassung außer Kraft.

Augsburg, den 14.05.2020

Eva Weber
Oberbürgermeisterin

Öffentliche Bekanntmachung einer Baugenehmigung gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 4 und 5 Bayerische Bauordnung (BayBO)

Die Stadt Augsburg - Bauordnungsamt - hat am 06.07.2020 folgenden Baugenehmigungsbescheid erlassen:

Aktenzeichen: 630-BA-2019-634-1
Bauvorhaben: Neubau eines Sportfachmarktes
Baugrundstück: Albert-Schenavsky-Str. 5
Flur Nr.: 1182/3, 1129/4, 1129/26, 1129/27, Gemarkung: Lechhausen

Das o.g. Bauvorhaben wird nach Maßgabe dieses Bescheides und der beiliegenden geprüften Bauvorlagen genehmigt. Die beigelegten Beiblätter sind Bestandteil dieses Bescheides.

Gründe:

Die Stadt Augsburg ist zur Entscheidung über den Bauantrag gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 2 BayBO und Art. 3 Abs. 1 BayVwVfG sachlich und örtlich zuständig.

Das o.g. Bauvorhaben ist gemäß Art. 55 Abs. 1 BayBO genehmigungspflichtig.

Die Genehmigung konnte nach Maßgabe der Prüfvermerke und der in den Beiblättern festgesetzten Nebenbestimmungen erteilt werden (Art. 68 BayBO).

Hinweis:

Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Nachbarn konnte die Zustellung der Baugenehmigung durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Zustellung gilt mit dem Tage dieser Bekanntmachung gemäß Art. 66 Abs. 2 BayBO als bewirkt.

Die Baugenehmigung einschließlich der genehmigten Planunterlagen kann im Bauordnungsamt, Rathausplatz 1, 86150 Augsburg in Zimmer 144 (I. Stock) während der üblichen Parteiverkehrszeiten eingesehen werden. Es wird jedoch empfohlen, mit der Sachbearbeiterin, Frau Wöhr, unter der Rufnummer 324-4628 hierfür einen Termin zu vereinbaren.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in Augsburg, Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg, Hausanschrift: Kornhaugasse 4, 86152 Augsburg, schriftlich, zur Niederschrift** des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder **elektronisch** (siehe Hinweise) in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Augsburg) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Nach der Neufassung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO), in Kraft ab 01.07.2007, entfällt das Widerspruchsverfahren (Art. 15 Abs. 2 AGVwGO n.F.). Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Stadt Augsburg -Referat 6-
Bauordnungsamt

Öffentliche Bekanntmachung einer Baugenehmigung gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 4 und 5 Bayerische Bauordnung (BayBO)

Die Stadt Augsburg - Bauordnungsamt - hat am 07.07.2020 folgenden Baugenehmigungsbescheid erlassen:

Aktenzeichen: 630-BA-2020-136-1
Bauvorhaben: Neubau Studentenwohnungen - Änderung der Stellplätze im Erdgeschoss - Tektur zu BA-2018-560-1
Baugrundstück: Pilgerhausstr. 18
Flur Nr.: 2489/0, 2885/0, 2906/3, Gemarkung: Augsburg

Das o.g. Bauvorhaben wird nach Maßgabe dieses Bescheides und der beiliegenden geprüften Bauvorlagen genehmigt. Die beigelegten Beiblätter sind Bestandteil dieses Bescheides.

Gründe:

Die Stadt Augsburg ist zur Entscheidung über den Bauantrag gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 2 BayBO und Art. 3 Abs. 1 BayVwVfG sachlich und örtlich zuständig.

Das o.g. Bauvorhaben ist gemäß Art. 55 Abs. 1 BayBO genehmigungspflichtig.

Die Genehmigung konnte nach Maßgabe der Prüfvermerke und der in den Beiblättern festgesetzten Nebenbestimmungen erteilt werden (Art. 68 BayBO).

Hinweis:

Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Nachbarn konnte die Zustellung der Baugenehmigung durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Zustellung gilt mit dem Tage dieser Bekanntmachung gemäß Art. 66 Abs. 2 BayBO als bewirkt.

Die Baugenehmigung einschließlich der genehmigten Planunterlagen kann im Bauordnungsamt, Rathausplatz 1, 86150 Augsburg in Zimmer 143 (I. Stock) während der üblichen Parteiverkehrszeiten eingesehen werden. Es wird jedoch empfohlen, mit der Sachbearbeiterin, Frau Klein, unter der Rufnummer 324-4656 hierfür einen Termin zu vereinbaren.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in Augsburg, Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg, Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg, schriftlich, zur Niederschrift** des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder **elektronisch** (siehe Hinweise) in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Augsburg) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Nach der Neufassung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO), in Kraft ab 01.07.2007, entfällt das Widerspruchsverfahren (Art. 15 Abs. 2 AGVwGO n.F.). Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Stadt Augsburg -Referat 6-
Bauordnungsamt

Öffentliche Bekanntmachung einer Baugenehmigung gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 4 und 5 Bayerische Bauordnung (BayBO)

Die Stadt Augsburg - Bauordnungsamt - hat am 08.07.2020 folgenden Baugenehmigungsbescheid erlassen:

Aktenzeichen: 630-BA-2020-199-1
Bauvorhaben: Anbau Wellnessbereich an ein Einfamilienhaus
Baugrundstück: Zobelstr. 17
Flur Nr.: 6017/8, Gemarkung: Augsburg

Das o.g. Bauvorhaben wird nach Maßgabe dieses Bescheides und der beiliegenden geprüften Bauvorlagen genehmigt. Die beigelegten Beiblätter sind Bestandteil dieses Bescheides.

Gründe:

Die Stadt Augsburg ist zur Entscheidung über den Bauantrag gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 2 BayBO und Art. 3 Abs. 1 BayVwVfG sachlich und örtlich zuständig.

Das o.g. Bauvorhaben ist gemäß Art. 55 Abs. 1 BayBO genehmigungspflichtig.

Die Genehmigung konnte nach Maßgabe der Prüfvermerke und der in den Beiblättern festgesetzten Nebenbestimmungen erteilt werden (Art. 68 BayBO).

Hinweis:

Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Nachbarn konnte die Zustellung der Baugenehmigung durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Zustellung gilt mit dem Tage dieser Bekanntmachung gemäß Art. 66 Abs. 2 BayBO als bewirkt.

Die Baugenehmigung einschließlich der genehmigten Planunterlagen kann im Bauordnungsamt, Rathausplatz 1, 86150 Augsburg in Zimmer 144 (I. Stock) während der üblichen Parteiverkehrszeiten eingesehen werden. Es wird jedoch empfohlen, mit der Sachbearbeiterin, Frau Wöhr, unter der Rufnummer 324-4628 hierfür einen Termin zu vereinbaren.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in Augsburg, Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg, Hausanschrift: Kornhaugasse 4, 86152 Augsburg, schriftlich, zur Niederschrift** des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder **elektronisch** (siehe Hinweise) in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Augsburg) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Nach der Neufassung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO), in Kraft ab 01.07.2007, entfällt das Widerspruchsverfahren (Art. 15 Abs. 2 AGVwGO n.F.). Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Stadt Augsburg -Referat 6-
Bauordnungsamt

**Öffentliche Bekanntmachung einer Baugenehmigung
gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 4 und 5 Bayerische Bauordnung (BayBO)**

Die Stadt Augsburg - Bauordnungsamt - hat am 09.07.2020 folgenden Baugenehmigungsbescheid erlassen:

Aktenzeichen: 630-NU-2020-39-1

Bauvorhaben: Nutzungsänderung einer ehemaligen Apotheke zum betreuten Treffpunkt für drogenabhängige Menschen für eine temporäre Nutzung von zwei Jahren

Baugrundstück: Branderstr. 60

Flur Nr.: 4485/2, Gemarkung: Augsburg

Das o.g. Bauvorhaben wird nach Maßgabe dieses Bescheides und der beiliegenden geprüften Bauvorlagen genehmigt. Die beigefügten Beiblätter sind Bestandteil dieses Bescheides.

Gründe:

Die Stadt Augsburg ist zur Entscheidung über den Bauantrag gemäß Art. 53 Abs. 1 Satz 2 BayBO und Art. 3 Abs. 1 BayVwVfG sachlich und örtlich zuständig.

Das o.g. Bauvorhaben ist gemäß Art. 55 Abs. 1 BayBO genehmigungspflichtig.

Die Genehmigung konnte nach Maßgabe der Prüfvermerke und der in den Beiblättern festgesetzten Nebenbestimmungen erteilt werden (Art. 68 BayBO).

Hinweis:

Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Nachbarn konnte die Zustellung der Baugenehmigung durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Zustellung gilt mit dem Tage dieser Bekanntmachung gemäß Art. 66 Abs. 2 BayBO als bewirkt.

Die Baugenehmigung einschließlich der genehmigten Planunterlagen kann im Bauordnungsamt, Rathausplatz 1, 86150 Augsburg in Zimmer 143 (I. Stock) während der üblichen Parteiverkehrszeiten eingesehen werden. Es wird jedoch empfohlen, mit der Sachbearbeiterin, Frau Metin, unter der Rufnummer 324-34621 hierfür einen Termin zu vereinbaren.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in Augsburg, Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg, Hausanschrift: Kornhaugasse 4, 86152 Augsburg, schriftlich, zur Niederschrift** des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder **elektronisch** (siehe Hinweise) in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Augsburg) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene

Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Nach der Neufassung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO), in Kraft ab 01.07.2007, entfällt das Widerspruchsverfahren (Art. 15 Abs. 2 AGVwGO n.F.). Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Stadt Augsburg -Referat 6-
Bauordnungsamt

Öffentliche Bekanntmachung eines Vorbescheides gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 4 und 5 Bayerische Bauordnung (BayBO)

Die Stadt Augsburg - Bauordnungsamt - hat am 15.07.2020 folgenden Vorbescheid erlassen:

Aktenzeichen: 630-BV-2020-7-2
Bauvorhaben: Neubau eines Jugendhauses und Horts
Baugrundstück: Philipp-Scheidemann-Str
Flur Nr.: 870/21, Gemarkung: Göggingen

1. Der Bauvorbescheid wird nach Maßgabe dieses Bescheides erteilt.
2. Dieser Vorbescheid gilt drei Jahre.

Gründe:

Die Stadt Augsburg ist zur Entscheidung über die Bauvoranfrage gemäß Art. 53 Abs. 1 BayBO und Art. 3 Abs. 1 BayVwVfG sachlich und örtlich zuständig.

Das o.g. Bauvorhaben ist gemäß Art. 55 Abs. 1 BayBO genehmigungspflichtig.

Der Vorbescheid konnte nach Maßgabe dieses Bescheides erteilt werden (Art. 71 BayBO).

Hinweis:

Der Vorbescheid bezieht sich nur auf die im Antrag gestellten Fragen. Im übrigen bleibt eine Beurteilung dem endgültigen Bauantrag vorbehalten.

Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Nachbarn konnte die Zustellung des Vorbescheides durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Zustellung gilt mit dem Tage dieser Bekanntmachung gemäß Art. 66 Abs. 2 BayBO als bewirkt.

Der Vorbescheid einschließlich der Planunterlagen kann im Bauordnungsamt, Rathausplatz 1, 86150 Augsburg in Zimmer 242 (II. Stock) während der üblichen Parteiverkehrszeiten eingesehen werden. Es wird jedoch empfohlen, mit dem Sachbearbeiter, Herr Koller, unter der Rufnummer 324-4616 hierfür einen Termin zu vereinbaren.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht Augsburg in Augsburg, Postfachanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg, Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg, schriftlich, zur Niederschrift** des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder **elektronisch** (siehe Hinweise) in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Augsburg) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

- Nach der Neufassung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO), in Kraft ab 01.07.2007, entfällt das Widerspruchsverfahren (Art. 15 Abs. 2 AGVwGO n.F.). Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Stadt Augsburg -Referat 6-
Bauordnungsamt

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A

- a) Stadt Augsburg, Schulverwaltungsamt, Gögginger Straße 59, 86159 Augsburg vertreten durch die Wohnbaugruppe Augsburg Entwickeln GmbH, Rosenaustraße 56, 86152 Augsburg
- b) Öffentliche Ausschreibung
- c) www.vergabe.bayern.de, Verg.Nr. LES-ERT-34601
- d) Bauleistungen national
- e) Ausführungsort: Augsburg
- f) Kurzbeschreibung: Trennwandelemente für insgesamt 34 WCs in zwei zeitlich getrennten Bauabschnitten.
- h) keine Lose
- i) Ausführungsbeginn - Ausführungsende KW 34/2020 - KW 34/2022
- j) Nebenangebote sind nicht zulässig
- k) Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen
- l) siehe c)
- o) 30.07.2020; 14:30 Uhr
- p) siehe c)
- q) deutsch
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) 30.07.2020; 14:30 Uhr
- t-w) siehe Vergabeunterlagen
- x) Regierung von Schwaben, VOB-Stelle, Fronhof 10, 86152 Augsburg

Stadt Augsburg
Referat 6

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A

- a) Stadt Augsburg, Referat 6, Zentralstelle Vergabewesen, Rathausplatz 1, Zi. 428, 86150 Augsburg, E-Mail: vergabe.baureferat@augzburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A
- c) www.vergabe.bayern.de, Verg.Nr. 660 20 S 43 01
- d) Bauleistungen für Straßen- und Tiefbauarbeiten
- e) Stadt Augsburg – Wertachstraße Str. Querungshilfen mit Gehwegerneuerung
- f) Straßen- und Tiefbauarbeiten:
 - ca. 3.000 m² Asphaltaufruch
 - ca. 780 m Granitborde ausbauen
 - ca. 780 m Granitpflasterzeilen ausbauen
 - ca. 500 m³ Erdaushub
 - ca. 500 m³ Frostschutzschicht herstellen
 - ca. 790 m Granitborde herstellen
 - ca. 790 m Granitpflasterzeilen herstellen
 - ca. 1900 m² Plattenbelag (Münchner Gehwegplatten)
 - ca. 1100 m² Asphalttrandstreifen in der Fahrbahn herstellen
- h) keine Lose
- i) Baubeginn: 14.09.2020
Bauende: 31.08.2021
- j) Nebenangebote sind nicht zulässig
- k) mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
- l) siehe c)
- o) Eingang der Angebote: 12.08.2020, 10:30 Uhr, Bindefrist: 11.09.2020
- p) siehe c)
- q) deutsch
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) 12.08.2020, 10:30 Uhr, siehe c),
- t) Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 5 v. H. der Bruttoauftragssumme und Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von 2 v. H. der Bruttoabrechnungssumme. Es werden nur Bürgschaften eines in der Europäischen Gemeinschaft anerkannten und zugelassenen Kreditinstitutes angenommen.
- u) Abschlags- und Schlusszahlungen nach VOB/B
- v) Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung zu benennen.
- w) entsprechend § 16b VOB / A, Eigenerklärung Formblatt 124
- x) Regierung von Schwaben, VOB-Stelle, Fronhof 10, 86152 Augsburg

Stadt Augsburg
Referat 6

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A

- a) Stadt Augsburg, Referat 6, Zentralstelle Vergabewesen, Rathausplatz 1, Zi. 428, 86150 Augsburg, E-Mail: vergabe.baureferat@augsburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A
- c) elektronisch unter www.vergabe.bayern.de, Verg.-Nr. 661 20 R 02 01
- d) Ausführung von Bauleistungen
- e) Klärwerk Augsburg, 86154 Augsburg
- f) Der Auftrag umfasst Lieferung, Montage und betriebsfertige Inbetriebnahme der Antriebseinheiten für die 3 Schneckenpumpen des Zwischenpumpwerks im Klärwerk Augsburg, jeweils bestehend aus
 - Stirnradgetriebe
 - Drehstrommotor
 - Frequenzumformer einschl. Verkabelung zum Motor
 - Kupplung (Ertüchtigung der vorhandenen Kupplung)
 sowie die Erneuerung der 3 Ölkühler.
- g) entfällt
- h) keine Lose
- i) Bauausführung März-Juni 2021
- j) keine Nebenangebote
- k) nur ein Hauptangebot
- l) elektronisch unter www.vergabe.bayern.de, Verg.-Nr. 661 20 R 02 01
- m) entfällt
- n) entfällt
- o) Angebotsfrist bis 01.09.2020 um 10:30 Uhr
Bindefrist bis 01.10.2020
- p) elektronisch unter www.vergabe.bayern.de, Verg.-Nr. 661 20 R 02 01
- q) deutsch
- r) Preis
- s) Eröffnungstermin am 01.09.2020 um 10:30 Uhr, Ort siehe c)
- t) Vertragserfüllungsbürgschaft 5%, Gewährleistungsbürgschaft 3%
- u) Zahlungsbedingungen gemäß VOB/B
- v) gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
- w) Präqualifizierung bzw. Nachweis der Eignung durch Formblatt 124 "Eigenerklärung zur Eignung"
- x) VOB-Stelle der Regierung von Schwaben

Stadt Augsburg
Referat 6

Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A

- a) Stadt Augsburg, Schulverwaltungsamt, Gögginger Straße 59, 86159 Augsburg vertreten durch die Wohnbaugruppe Augsburg Entwickeln GmbH, Rosenaustraße 56, 86152 Augsburg
- b) Öffentliche Ausschreibung
- c) www.vergabe.bayern.de, Verg.Nr. LES-ERT-33403
- d) Bauleistungen national
- e) Ausführungsort: Augsburg
- f) Kurzbeschreibung:
 - Holz-Glas-Trennwand mit 3 geschlossenen Türblättern und Festverglasungen als Pfosten Riegel-Konstruktion (Gesamtabmessungen ca. 10,0 x 3,8 m) :ca. 38m²;
 - Holz-Glas-Stockzargentür als Rahmentür mit Oberlicht und Rundbogen (Gesamtabmessungen ca. 2,9x3,8m) :ca. 11m²;
- h) keine Lose
- i) Ausführungsbeginn - Ausführungsende 05.10.2020 - 24.10.2020
- j) Nebenangebote sind nicht zulässig
- k) Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen
- l) siehe c)
- o) 06.08.2020; 11:00 Uhr
- p) siehe c)
- q) deutsch
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) 06.08.2020; 11:00 Uhr
- t)-w) siehe Vergabeunterlagen
- x) Regierung von Schwaben, VOB-Stelle, Fronhof 10, 86152 Augsburg

Stadt Augsburg
Referat 6

**Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Augsburg
am 30.07.2020 um 09:00 Uhr im großen Sitzungssaal im Augsburgischer Rathaus**

Die vorläufige Tagesordnung umfasst:

Öffentlicher Teil:

1. Wahl der/des Verbandsvorsitzenden und der/des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden - Wahl -
2. Haushaltswirtschaft; Rechenschaftsbericht mit Jahresrechnung 2019 - Beschlussvorlage -
3. Geschäftsordnung des ZRF Augsburg - Beschlussvorlage -
4. Ärztlicher Leiter Rettungsdienst (ÄLRD); Kurzvorstellung und Tätigkeitsbericht - Kenntnisnahme -
5. Information über Rettungsdienst, Sicherstellungsauftrag, Durchführende im Rettungsdienstbereich Augsburg und Kurzvorstellung der Aufgaben der ILS Augsburg - Kenntnisnahme -
6. Arztbegleiteter Verlegungen bei klinischen Transporten Evaluation der Transporte - Beschlussvorlage -
7. Reservebestand an Fahrzeugen Überprüfung des Bedarfs - Beschlussvorlage -
8. Sonstiges/Verschiedenes/Wünsche, Fragen, Anregungen - Kenntnisnahme -
9. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift - Beschlussvorlage -

Dem öffentlichen Teil schließt sich ein nichtöffentlicher Teil an.

Aufgrund der Corona-Pandemie wird gebeten, die zum Zeitpunkt der Sitzung aktuell geltenden Hygiene- und Abstandsregeln einzuhalten.

Zweckverband für Rettungsdienst
und Feuerwehralarmierung Augsburg

Onlineversteigerung von gefundenen Fahrrädern

Ab **Donnerstag, 10.09.2020, 18:00 Uhr** findet eine Onlineversteigerung von gefundenen Fahrrädern statt.

Versteigerungsort: www.sonderauktionen.net

Die Versteigerung läuft ab dem 10.09.2020 für 10 Tage. Die angebotenen Räder können bereits 4 Wochen vor dem Versteigerungsbeginn (13.08.2020) unter der genannten Adresse online angesehen werden.

Es handelt sich bei den zu versteigernden Fahrrädern um Fundsachen, die in der Zeit von **September 2018** bis **Mai 2019** beim Fundbüro der Stadt Augsburg abgegeben wurden und die gesetzliche Aufbewahrungsfrist von 6 Monaten überschritten haben.

Die Verlierer haben noch bis zum **31.08.2020** Gelegenheit, ihre Ansprüche im Fundbüro der Stadt Augsburg geltend zu machen.

Dienstgebäude: Fundbüro der Stadt Augsburg, Bei St. Max 1, 86152 Augsburg
Tel.: 0821/324 – 6304 und 6305
Fax: 0821/324 – 6303
E-Mail: fundbuero@augzburg.de

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag: 08.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag: 13.00 bis 17.30 Uhr

Stadt Augsburg
Bürgeramt - Fundbüro

Jahresabschluss zum 31.12.2016 der Stadtentwässerung Augsburg

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 25.06.2020 den Jahresabschluss festgestellt, die Entlastung erteilt und beschlossen, den Jahresgewinn von 2016 von 3.614.782,23 € in Höhe von 2.975.532,23 € in die Gewinnrücklage einzustellen und in Höhe von 639.250,00 € an den Haushalt der Stadt Augsburg abzuführen.

Die mit der Prüfung beauftragte Dr. Heilmaier & Partner GmbH hat folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Augsburg für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Durch Art. 107 Abs. 3 Satz 2 GO wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes i.S. von § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes liegen in der Verantwortung der Werkleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung entsprechend § 317 HGB und Art. 107 Abs. 3 Satz 2 GO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Werkleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Krefeld, den 23. Januar 2018
Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez.
Dipl.-Kaufmann Kempkens
Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 und der Lagebericht liegen ab dem Tag der Veröffentlichung für jeden Interessenten an sieben Tagen während der Dienststunden bei der Stadtentwässerung Augsburg, Annastraße 16, Zimmer 402 zur Einsichtnahme auf.

Stadtentwässerung Augsburg

gez.
Merkle
Berufsmäßiger Stadtrat und Werkleiter

Planfeststellungsverfahren für die Erneuerung der 110-kV-Freileitung Anlage 69001(R 6) Schongau – Meitingen im Abschnitt Merching – Kissing zwischen dem Mast Nr. 235 (neu) (inkl.), Fl.-Nr. 2374/0, Gemarkung Merching, und dem Mast Nr. 66 (neu) (inkl.), Fl.-Nr. 3496/0, Gemarkung Kissing, als 110-kV-Leitungseinführung Anlage 60007 über Mast Nr. 66/9 (neu) (exkl.) und Anlage 69025 zum Umspannwerk Kissing sowie als 110-kV-Leitungseinführung Anlage 69001 über Mast 237 (neu) (exkl.) in das Umspannwerk Lechstufe 23 (Mandichosee), der Lechwerke AG (LEW AG)

Auf Antrag der LEW Verteilnetz GmbH im Namen der Lechwerke AG führt die Regierung von Schwaben für das oben genannte Vorhaben ein energiewirtschaftliches Planfeststellungsverfahren durch. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nach dem Ergebnis der bereits erfolgten standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls nicht erforderlich.

Zuständig für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens sowie für die Erteilung von Auskünften und die Entgegennahme von Äußerungen und Fragen ist die Regierung von Schwaben, Sachgebiet 21, Fronhof 10, 86152 Augsburg.

Der Plan - bestehend aus Zeichnungen und Erläuterungen - liegt bei der Stadt Augsburg, Stadtplanungsamt, Rathausplatz 1, 86150 Augsburg, im Flur des 3. Stocks während der Dienstzeiten (Montag bis Mittwoch von 7.30 Uhr – 16.30 Uhr, Donnerstag von 7.30 Uhr – 17.30 Uhr, Freitag von 7.30 Uhr – 12.00 Uhr) in der Zeit **von Montag, den 03.08.2020, bis einschließlich Mittwoch, den 02.09.2020**, zur allgemeinen Einsicht aus.

Zusätzlich können die Planunterlagen in diesem Auslegungszeitraum im Internet unter <https://www.regierung.schwaben.bayern.de/> und unter <https://www.lew-verteilnetz.de/lew-verteilnetz/ueber-lew-verteilnetz/unser-netzausbau/unsere-projekte/110-kv-leitungen-merching-kissing> eingesehen werden.

Besondere Hinweise aufgrund der Corona-Pandemie

Seit 27. April 2020 muss in ganz Bayern von allen Personen ab 6 Jahren beim Einkaufen sowie in Bussen und Bahnen eine Mund- und-Nasen-Bedeckung getragen werden. Um Mitarbeiter und Bürger vor einer möglichen Infektion zu schützen, hat auch die Stadt Augsburg entschieden, dass alle Bürger bei Kontakt mit Beschäftigten oder in städtischen Liegenschaften eine Maske tragen müssen. Daher darf der Aushangbereich des Stadtplanungsamtes nur mit einer entsprechenden Mund- und-Nasen-Bedeckung betreten werden. Auf einen Mindestabstand von 2 Metern zu anderen Einsichtnehmenden ist zwingend zu achten. Beim Anfassen der Planunterlagen sind die kommunizierten Handhygienemaßnahmen zu beachten.

Wir weisen darauf hin, dass momentan lediglich der Aushangbereich des Stadtplanungsamtes Augsburg für Bürger ohne vorherige Terminvereinbarung zugänglich ist. Der Parteiverkehr ist insoweit bis auf weiteres nur eingeschränkt möglich.

Zur Vermeidung einer Ansteckung empfehlen wir, vorrangig den Plan im Internet einzusehen.

1. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann Einwendungen gegen den Plan innerhalb der Auslegungsfrist und bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis einschließlich 16.09.2020, schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Augsburg, Stadtplanungsamt, Rathausplatz 1, 86150 Augsburg oder bei der Regierung von Schwaben, Fronhof 10, 86152 Augsburg, erheben. Maßgeblich ist das Eingangsdatum bei der Verwaltungsbehörde. Einwendungen können auch elektronisch unter der Adresse „Poststelle@reg-schw.bayern.de“ erhoben werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten Signatur im Sinne des Signaturgesetzes zu versehen. Elektronisch übermittelte Einwendungen, die nicht mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen sind (z. B. „einfache“ E-Mail), sind unwirksam.

Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Alle Einwendungen müssen eine Adressangabe aufweisen und persönlich unterschrieben sein. Vertreter von Einwendungsführern haben ihre Vertretungsberechtigung durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachzuweisen.

In Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleich lautender Texte eingereicht werden, ist ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner für das Verfahren zu bezeichnen, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Diese Angaben müssen deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten sein, andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind im Planfeststellungsverfahren Einwendungen und Stellungnahmen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Einwendungsausschluss beschränkt sich bei Einwendungen und Stellungnahmen, die sich auf die Schutzgüter nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) beziehen, auf dieses Verwaltungsverfahren. Er gilt nicht für ein sich anschließendes gerichtliches Verfahren.

Die genannte Frist sowie der Einwendungsausschluss nach Verstreichen der Einwendungs- bzw. Äußerungsfrist gelten auch für die Einwendungen und Stellungnahmen der anerkannten Naturschutzvereinigungen sowie sonstiger Vereinigungen, soweit sich diese für den Umweltschutz einsetzen und nach in anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten vorgesehenen Verfahren anerkannt sind. Diese werden hiermit von der Auslegung des Plans benachrichtigt.

Im Rahmen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wird darauf hingewiesen, dass die persönlichen Daten der Einwendungsführer für die rechtmäßige Abwicklung des Planfeststellungsverfahrens gespeichert und verarbeitet werden.

Die Regierung von Schwaben wird alle eingehenden Einwendungsschreiben und Stellungnahmen (einschließlich der darin enthaltenen persönlichen Angaben) der Lechwerke AG zur Stellungnahme zuleiten. Soweit hiermit kein Einverständnis besteht, erfolgt für den Fall, dass diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Planfeststellungsverfahrens nicht

erforderlich sind, die Zuleitung anonymisiert; ein etwaiger Anonymisierungswunsch ist vom Einwender ausdrücklich und deutlich zu erklären.

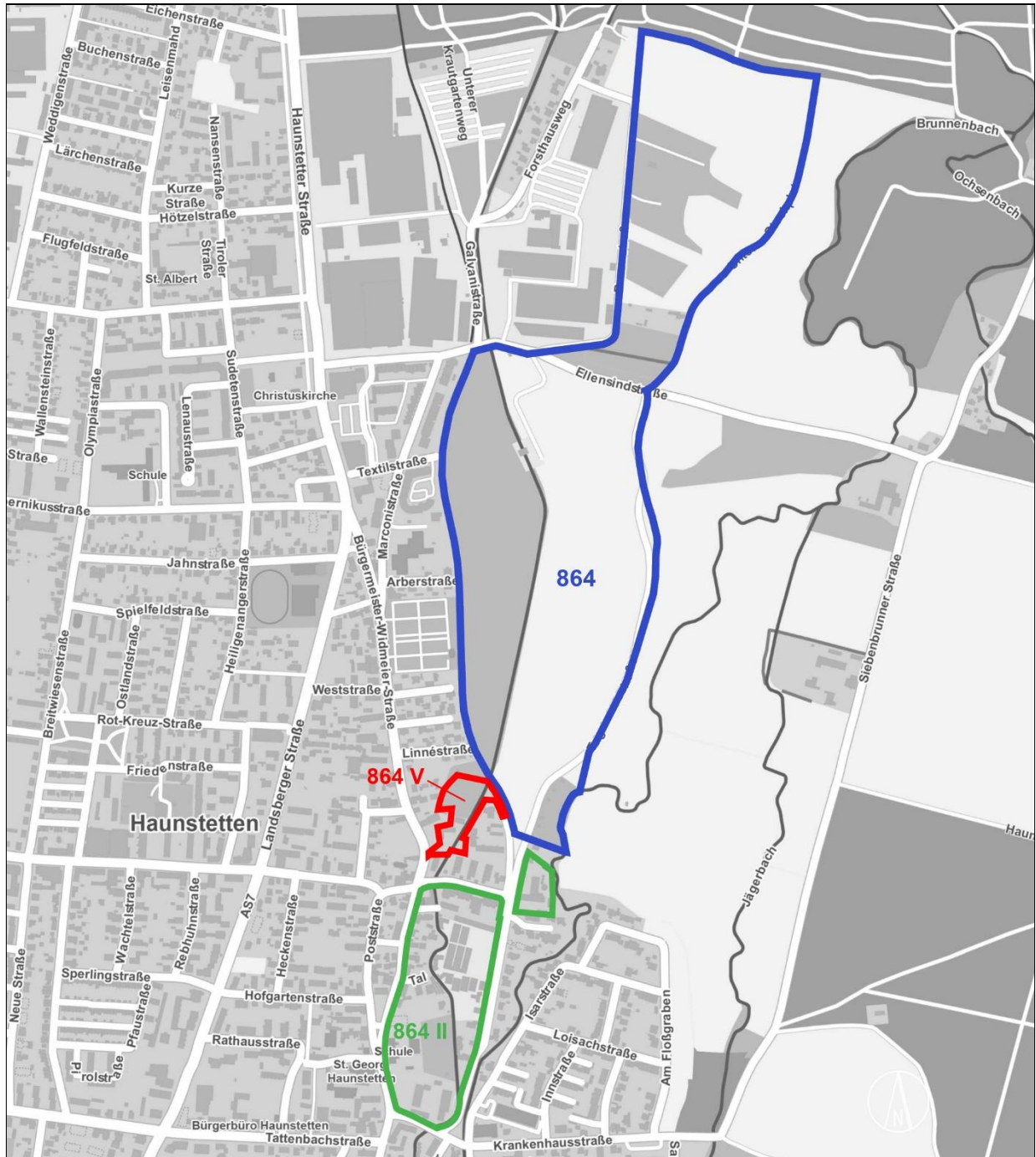
2. Rechtzeitig erhobene Einwendungen und Stellungnahmen werden gemäß § 43a Energiewirtschaftsgesetz gegebenenfalls in einem Termin erörtert, den die Regierung von Schwaben mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt machen wird. Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben bzw. - bei gleichförmigen Einwendungen im oben beschriebenen Sinn von deren Vertreter oder Bevollmächtigter - werden von dem Erörterungstermin gesondert benachrichtigt. Falls mehr als 50 solche Benachrichtigungen vorzunehmen sind, können diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Der Erörterungstermin findet nicht statt, wenn die in § 43a Nr. 3 EnWG geregelten Voraussetzungen vorliegen.
3. Durch Einsichtnahme in den Plan, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Aufwendungen werden nicht erstattet.
4. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung zumindest dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
5. Über die Einwendungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
6. Vom Beginn der Auslegung des Plans im Planfeststellungsverfahren an dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplante Baumaßnahme erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden (Veränderungssperre). Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden davon nicht berührt (§ 44a Abs. 1 EnWG).
7. Vom Beginn der Auslegung des Plans im Planfeststellungsverfahren steht der Lechwerke AG nach § 44a Abs. 3 EnWG an den vom Plan betroffenen Flächen ein Vorkaufsrecht zu.

Für Fragen steht Ihnen folgender Ansprechpartner zur Verfügung:
Manuela Wagner
Telefon 0821 / 324-65 37
E-Mail M.Wagner@augsburg.de

Stadt Augsburg – Referat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Stadtplanungsamt

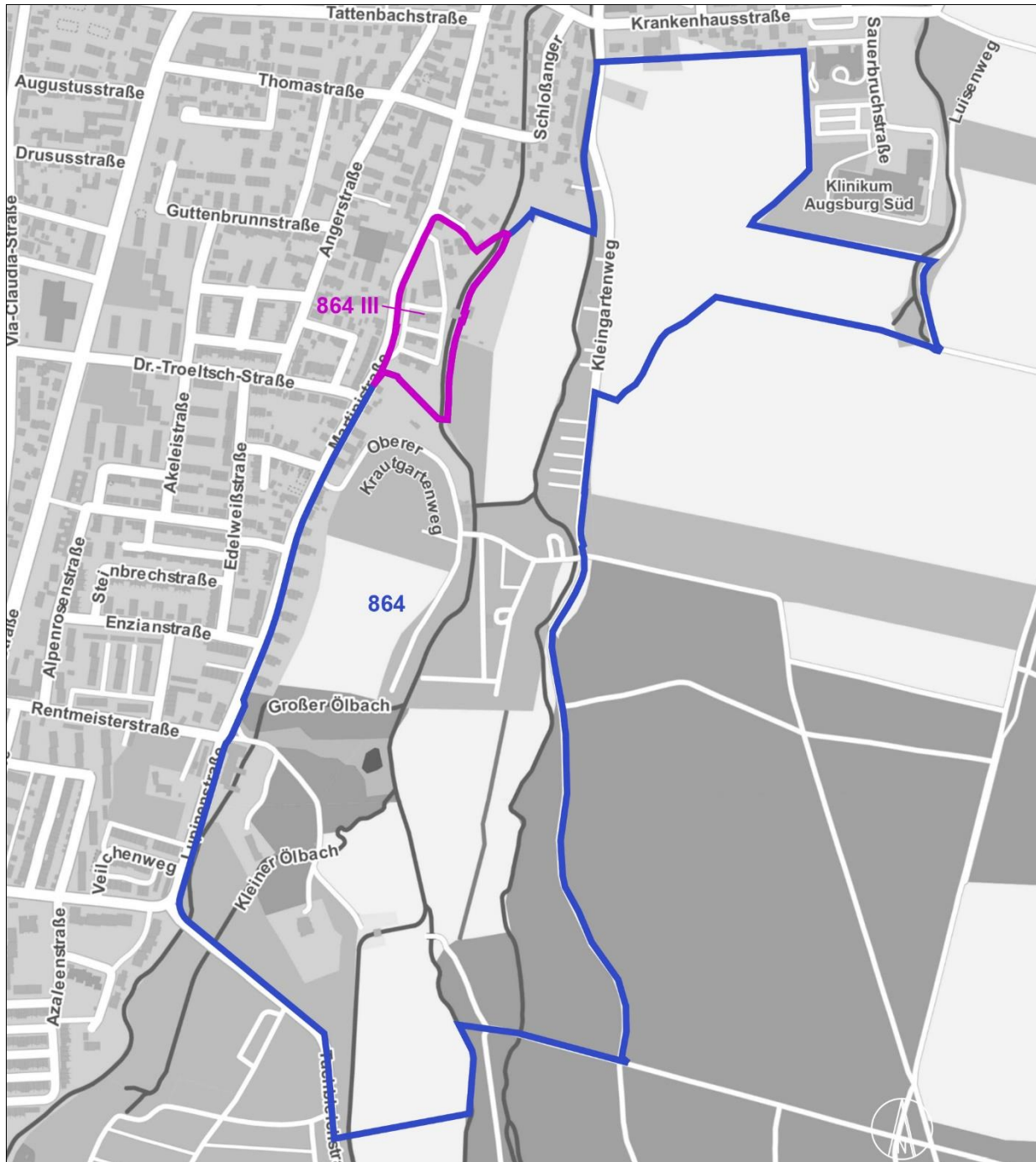
1. Bebauungsplan (BP) Nr.864 „Haunstetten - Ost (Trinkwasserschutzgebiet)“
2. BP Nr. 864 II „Haunstetten-Ost (Teil 2)“
3. BP Nr. 864 III „Östlich der Martinistraße (Kunstmühle Kühn - Haunstetten)“
4. BP Nr. 864 V „Östlich der Bgm.-Widmeier-Straße, nördlich der Walchenseestraße“

- Einstellung der Verfahren -



Planumgriffe der einzustellenden Bebauungspläne – nördlicher Teilbereich
 Kartengrundlage: © Geodatenamt Augsburg

Übersichtsplan maßstabsfrei



Planumgriffe der einzustellenden Bebauungspläne – südlicher Teilbereich
 Kartengrundlage: © Geodatenamt Augsburg

Übersichtsplan maßstabsfrei

Der Stadtrat der Stadt Augsburg hat am 25.06.2020 beschlossen:

Die folgenden vom Stadtrat vor vielen Jahren förmlich eingeleiteten, aber seit langem nicht mehr fortgeführten Bauleitplanverfahren werden mangels Planungserfordernis eingestellt:

1. BP Nr. 864 „Haunstetten-Ost (Trinkwasserschutzgebiet)“
2. BP Nr. 864 II „Haunstetten-Ost (Teil 2)“
3. BP Nr. 864 III „Östlich der Martinistraße (Kunstmühle Kühn - Haunstetten)“
4. BP Nr. 864 V „Östlich der Bgm.-Widmeier-Straße, nördlich der Walchenseestraße“

Mit der Einstellung werden sämtliche hierzu ergangenen Beschlüsse aufgehoben.

Einstellungsgründe

Die Umgriffe der oben genannten, formell noch in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne befinden sich allesamt innerhalb der „Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Augsburg, in der Stadt Königsbrunn und in den Gemeinden Oberottmarshausen und Kleinaitingen (Landkreis Augsburg), in den Gemeinden Merching und Schmiechen (Landkreis Aichach-Friedberg) und

in der Gemeinde Prittriching (Landkreis Landsberg am Lech, Regierungsbezirk Oberbayern) für die öffentliche Wasserversorgung der Städte Augsburg und Königsbrunn“ (Trinkwasserschutzverordnung). Die Trinkwasserschutzverordnung soll die öffentliche Wasserversorgung sichern und schützen. Im Bereich der weiteren Schutzzone A1 – heute W III a 1 –, in welcher die vier in Aufstellung befindlichen Bebauungspläne größtenteils liegen, ist eine bauliche Nutzung grundsätzlich verboten. Für den Zeitraum bis zur abschließenden Überarbeitung der ursprünglichen Trinkwasserschutzverordnung vom 13.12.1979, zuletzt geändert mit Verordnung vom 25.02.1983, wurde im Jahr 1986 zur Vermeidung einer weiteren Bebauung und Nachverdichtung des teilweise bereits besiedelten Erweiterungsgebiets der Trinkwasserschutzzone A1 in Haunstetten ein Aufstellungsbeschluss für den BP Nr. 864 in Verbindung mit dem Erlass einer Veränderungssperre gefasst. Der räumliche Geltungsbereich des BP Nr. 864 umfasste ursprünglich auch die Umgriffe der später in gesonderten Aufstellungsverfahren fortgeführten Bebauungspläne Nrn. 864 II, 864 III und 864 V. Die überarbeitete Trinkwasserschutzverordnung trat am 01.01.1992 in Kraft und hielt der höchstrichterlichen Überprüfung durch das Bundesverwaltungsgericht – Urteil vom 30.09.1996, Aktenzeichen 4 NB 31/96 – stand. Die Gültigkeit und Rechtsverbindlichkeit der Verordnung sind damit zweifelsfrei geklärt.

Das ursprüngliche Planungsziel des in Aufstellung befindlichen BP Nr. 864 und der weiteren Teil-Planungsverfahren für die Bebauungspläne Nrn. 864 II, 864 III und 864 V wird damit durch die Trinkwasserschutzverordnung gesichert. Es besteht somit kein aktuelles Planungsanfordernis im Sinne des § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch mehr.

Die oben aufgeführten, mittlerweile formell und materiell veralteten Bauleitplanverfahren / Planungen wurden deshalb seit längerer Zeit nicht mehr fortgeführt. Da jedoch förmliche Einleitungsbeschlüsse gefasst und öffentlich bekanntgemacht wurden, konnte eine eindeutige und rechtlich wirksame Verfahrenseinstellung nur durch einen förmlichen (Sammel-)Einstellungsbeschluss erfolgen. Dieser dient auch der Bereinigung der digitalen Planungsrechtsauskunft und der Bauleitplanstatistik.

Die Einstellung der Bauleitplanverfahren sorgt für Rechtsklarheit, Rechtssicherheit und Transparenz für die Öffentlichkeit, die Behörden und auch innerhalb der Stadtverwaltung; ein falscher Rechtsschein wird beseitigt.

Für Fragen steht Ihnen folgender Ansprechpartner zur Verfügung:
 Florian Kraus
 Telefon 0821 / 324-6512
 E-Mail Florian.Kraus@augzburg.de

Stadt Augsburg – Referat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
 Stadtplanungsamt

**Bebauungsplan (BP) Nr. 213
 „Für das Teilstück der Westumgehungsstraße
 zwischen der Markgrafenstraße und der alten Ulmer Bahnlinie“
 Aufhebung**

- Inkrafttreten gemäß § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) -



Kartengrundlage: © Geodatenamt Augsburg

Übersichtsplan maßstabsfrei

Der Stadtrat der Stadt Augsburg hat am 25.06.2020 beschlossen:

- Der seit 20.08.1965 rechtskräftige BP Nr. 213 wird vollständig und ersatzlos dauerhaft aufgehoben.
- Die Aufhebung des BP Nr. 213, bestehend aus der Planzeichnung mit Zeichenerklärung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), jeweils in der Fassung vom 04.05.2020, wird als Satzung beschlossen.
Die Begründung mit Umweltbericht (Teil C), in der Fassung vom 04.05.2020, die textlichen Hinweise und nachrichtlichen Übernahmen (Teil D), die Anlagen (Teil E) sowie die Verfahrensvermerke / Ausfertigung (Teil F) werden als Bestandteile der Aufhebungssatzung des BP Nr. 213 ebenfalls beschlossen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Aufhebungssatzung in Kraft.

Die Aufhebungssatzung mit Begründung einschließlich Umweltbericht sowie die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a Abs. 1 BauGB können vom Tag der Bekanntmachung an bei der Stadt Augsburg, Stadtplanungsamt, Rathausplatz 1, 86150 Augsburg, im Informationsbüro, Zimmer 441 (4.Stock), während der Servicezeiten (Dienstag von 8.30 Uhr – 12.30 Uhr, Donnerstag von 8.30 Uhr – 12.30 Uhr und 14.00 Uhr – 17.30 Uhr, Freitag von 8.00 Uhr – 12.00 Uhr) eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden. Wie weisen darauf hin, dass aufgrund der Corona-Pandemie momentan nur ein eingeschränkter Parteiverkehr im Stadtplanungsamt stattfindet. Bitte vereinbaren Sie unter der Telefonnummer 0821 / 324-6585 vorab einen Termin zur Einsichtnahme.

Sämtliche Bebauungspläne der Stadt Augsburg stehen ergänzend im städtischen Geoportal unter www.geoportal.augsburg.de im Menüpunkt „Planungsrecht“ online zur Verfügung.

Die Darstellung und Würdigung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen kann als Teil des Satzungsbeschlusses im Ratsinformationssystem der Stadt Augsburg (<https://ratsinfo.augsburg.de>) abgerufen werden.

Hinweise

Gemäß § 44 Abs. 5 BauGB:

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche gemäß §§ 39 bis 42 BauGB sowie des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen dieser Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB:

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Augsburg, Stadtplanungsamt, geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Stadt Augsburg

Eva Weber
Oberbürgermeisterin

Verlust des Parkausweises für Ärzte

Der gelbe Parkausweis Nr. 653 für Ärzte, ausgestellt vom Tiefbauamt, Abt. Straßenverkehr der Stadt Augsburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Ansprechpartner: Tiefbauamt, Abt. Straßenverkehr
Sachbearbeiter: Hr. Rupprecht
Tel.: 324 - 92 22

Stadt Augsburg
Tiefbauamt